Nr. 25 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 31. Januar 1931

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Pilsudski-Attentat vor Gericht

Das Attentat von dunklen Quellen vorbereitet — Die Angeklagten verneinen jede Schuld
Ein Polizeikonfident als Anstifter zum Attentat? — Keine Zusammenhänge mit der P. P. S.

Warschau. Vor dem Kreisgericht in Warschau begann gestern der sensationelle Prozeß gegen die angeblichen Anstifter zum Attentat gegen Pilsudski. Eine Reihe von ausländischen Blättern haben hierzu ihre Sonderkorrespondenten entsandt. Angeklagte sind der ehemalige Abgeordnete der P. P. S. Dzienglewicz, ein alter Vorkämpfer der P. P. S. Jagodzinski, ein gewisser Trochminowicz, Bialkowski und Markowski. Es wird ihnen zur Last gelegt in Gemeinschaft eines Polizeikonfidentent Purzycki ein Attentat auf Pilsudski vorbereitet zu haben. Bald nach der Eröffnung des Gerichtshofes kommt es zwischen dem Vorsitzenden Neumann und dem Verteidiger zu Gegensätze, weil die Verteidigung den Vorsitzenden die Qualifikation abspricht, da er inzwischen zum Staatsbeamten im Ministerium ernannt worden sei. Der Vorsitzende verwahrt sich dagegen, da er wohl ins Ministerium berufen sei, aber dieses Amt noch nicht aufgenommen habe.

Nach Verlesung der Anklage wird der Angeklagte Trochminowicz vernommen, der jede Schuld bestreitet und angibt, zu der Zusammenkunft der „Fünf“, die das Attentat vollziehen sollten, vom einem Polizeikonfidenten Purzycki geworben worden zu sein. Er wurde von Purzycki bezahlt, der ihn beeinflussen wollte, aus den Kampfverbänden der P. P. S. auszuscheiden und diejenigen Mitglieder der P. P. S. zu überwachen, die Spitzeldienste für die Polizei leisten. Purzycki sei der Organisator der Zusammenkünfte der Fünf und von einem Attentat war nicht die Rede. Bei Gelegenheit der Zusammenkunft sollen angeblich die Worte von Jagodzinski gefallen sein, daß heute schwere Arbeit zu erwarten sei, da man eine Bombe gegen den „Schnurrbärtigen“ auf der Ujasdowska werfen wolle. Purzycki regte an, daß Jagodzinski durch Revolverschüsse gedeckt werden sollte, um seine Flucht beim Gelingen des Attentats zu decken. Der Angeklagte schiebt alle Vorarbeiten zu diesem angeblichen Attentat dem Purzycki zu, der als Hauptzeuge in diesem Prozeß auftreten soll.

Auch der zweite Angeklagte Bialkowski lehnt jede Schuld ab und bezichtigt Purzycki als den Anstifter. Als man ihn auf die Polizei zur Untersuchung brachte, wurde er auf die Bank gelegt und mit einer Decke überzogen, wobei ein Polizeibeamter mit einer Rute vor ihm beim Verhör stand. Diese Nachricht ruft eine lebhafte Bewegung hervor. Bialkowski ist kein Mitglied der P. P. S. und auch nicht ihrer Kampforganisationen. Der Angeklagte Markowski war in Sibirien und gibt Aufschluß über die Tätigkeit der P. P. S.-Kämpferverbände, bestreitet jede Schuld.

Das Gericht vertagte sich in später Abendstunde, um neue Zeugen zu laden. Aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen kann man bereits die Uebersicht gewinnen, daß dieses Attentat provoziert war, die Hintermänner sind indessen noch nicht in Erscheinung getreten.

Sabotage der Genfer Beschlüsse

Beunruhigung in der deutschen Presse — Was geht hinter den Kulissen in Genf vor

Berlin. Unter der Ueberschrift „Sabotage der Genfer Beschlüsse?“ nimmt die „Germania“ in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag Stellung zu den Ausführungen in dem Organ des Wojewoden Grazynski, das in einem offensichtlich inspirierten Artikel die Zusagen des polnischen Außenministers in Genf desavouiert und eine Verschärfung des Kampfes gegen die deutsche Minderheit ankündigt. Das Berliner Zentrumsblatt schreibt wörtlich:

Man kann solche Erklärungen nur mit fassungslosem Staunen zur Kenntnis nehmen, denn sie bedeuten nicht weniger, als einen Appell an die Aufständischen, sich um Genf nicht zu kümmern. Was soll nun werden, wenn jetzt schon dokumentiert wird, daß Polens Politik doch nicht letzten Endes in Warschau, sondern in Kattowitz gemacht wird, daß Zaleski nur für Genf, nicht aber zu seinem eigenen Lande gesprochen hat. Es ist wahrhaftig eine sehr ernste Frage geworden, wie man der polnischen Regierung klar machen kann, daß die Duldung solcher Aeußerungen eines offiziösen Organs gleichbedeutend mit der Ankündigung ist, daß die in Genf eingegangenen Verpflichtungen nicht realisiert werden sollen.

Hinter den Kulissen in Genf

Genf. Auf polnischer Seite sind gegenwärtig lebhafte Bemühungen im Gange, den für Polen peinlichen Eindruck des Ratsberichtes über Oberschlesien zu vermeiden und besonders die formelle Feststellung des Berichtes über die Verletzung der Minderheitenkonvention durch Polen in der Oeffentlichkeit zu verschleiern. Die polnische Presse hebt lediglich die Erklärung Zaleskis hervor, ohne auf die für die künftige Minderheitenpolitik des Völkerbundes so bedeutungsvolle programmatische Erklärung Hendersons in seiner Eigenschaft als Ratspräsident hinzuweisen. Umso bedauerlicher ist es, daß das Völkerbundssekretariat in der soeben veröffentlichten amtlichen Uebersicht der Informationsabteilung über die Ergebnisse der Ratstagung

die Feststellung der Schuld Polens wegfallen läßt

und

auch die Erklärung Hendersons mit keinem Wort erwähnt.

Erst in einer zweiten Fassung hat das Völkerbundssekretariat, darauf aufmerksam gemacht, den entscheidenden Hinweis des Ratsberichtes über den Bruch der Minderheitenkonvention durch Polen aufgenommen. Die Behauptung, daß es sich um ein „Versehen“ gehandelt habe ist im Hinblick auf frühere Erfahrungen wenig glaubhaft, aber auch dadurch bereits entkräftet, daß auch in der zweiten Fassung die Schlußerklärung des Ratspräsidenten Henderson, auf die gerade in Minderheitenkreisen entscheidender Wert gelegt wird,

in der amtlichen Uebersicht unterschlagen worden ist.

Da diese Uebersicht des Völkerbundes in einer großen Anzahl an die breiteste Oeffentlichkeit, an zahlreiche Verbände, Körperschaften und Personen in den einzelnen Ländern versandt ist, muß diese einseitige Darstellung der Verhandlungen und Ergebnisse der Ratstagung in den oberschlesischen Fragen durch das Völkerbundssekretariat auf das äußerste befremden. Der wiederum zutage getretene Mangel an Objektivität des Genfer Sekretariats ist ein neuerlicher Beweis dafür daß hier ein grundlegender Wandel geschaffen werden muß.

Mexiko schafft seine Kriegsflotte ab

Neuyork. Wie aus Mexiko berichtet wird, beabsichtigt die mexikanische Regierung aus Sparsamkeitsrücksichten ihre kleine Kriegsflotte, die aus ein paar Kreuzern, einigen Kanonenbooten und Transportschiffen besteht, abzuschaffen.



Deutschlands neuer Gesandter in Luxemburg

Freiherr von Wachendorf, bisher vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, wurde zum Gesandten in Luxemburg ernannt.

Macdonalds Sieg!

Die englische Arbeiterregierung war bei der Uebernahme der Staatsmacht nicht auf Rosen gebettet. Sie hätte ihre Aufgabe sich erleichtern und fünf Jahre im Sattel sitzen können, wenn sie auf das Prinzip einer Arbeiterregierung hätte verzichten wollen. Als Minderheitskabinett ans Ruder gekommen, war sie auf die Gnade der Liberalen um Lloyd George angewiesen, aber niemals bereit, Konzessionen zu machen, die der großen Linie der Partei widersprachen. Aus der tiefen Unzufriedenheit des englischen Volkes, über die Machtlosigkeit der Konservativen, gegenüber der Arbeitslosigkeit entstanden, war es ihre Hauptaufgabe, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Diese Hauptaufgabe hat sie nicht nur nicht erfüllen können, sondern mußte von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, feststellen, daß diese von Tag zu Tag größer wurde. Die Erfolge der Regierung Macdonald sind ausschließlich auf außenpolitischem Gebiet zu suchen, und das vor allem in der Festigung der Freundschaft zu Amerika und des Ausgleichs, der hier, bezüglich der Flottenrüstung, gefaßt wurde. Aber die außenpolitischen Probleme des britischen Imperiums haben immer die Innenpolitik in den Schatten gestellt und trotz der Machtlosigkeit konnte sich Macdonald mit seinem Kabinett halten, weil auch in den Reihen der Konservativen, wie Liberalen, anerkannt wurde, daß die Regierung vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stand. Wenn Snowden im Haag eine größere Quote für Englands Kriegsschulden forderte, so war er der ganze Mann des Britenreiches, und Henderson als Außenminister, hatte mehr als einmal Gelegenheit, eine Linie einzuschlagen, die John Bull in jeder Hinsicht befriedigte.

Aber die Zufriedenheit innerhalb des englischen Volkes selbst blieb nicht ohne Folgen auf die Arbeiterpartei. Diese forderte Taten, die die Arbeiterregierung als Minderheitskabinett nicht erfüllen konnte und auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen kann. Auch wenn man abstreicht, daß die englische Arbeiterpartei weit davon entfernt ist, den sozialistischen Tendenzen Europas zu huldigen, so hat sie doch mehr, als einmal bewiesen, daß sie in der Praxis zu Kompromissen weit weniger geneigt ist, als es zum Beispiel in Deutschland der Fall war. Aus eigenen Reihen entstand jene Opposition, die unter Führung von Sir Mosley die Arbeiterregierung auf ein Gebiet führen wollte, das sie unmittelbar zum Sturz vorbereitet, weil auch die Unabhängigen nicht mehr die Verteidgung des Empirs dulden, sondern Taten sehen wollten. Trotzdem hat sich Macdonald am letzten Kongreß der Arbeiterpartei erfolgreich verteidigen können und die Staatsinteressen über die Bedürfnisse der Partei stellen müssen. Nachdem auch die „Runde Tischkonferenz“ über Indien abgeschlossen ist, hat man einen entscheidenden Schlag vorbereitet, mit den Gegnern im Lager der Konservativen, aber auch mit den Liberalen abzurechnen. Niemand wird sich darüber Illusionen hingeben, daß die Ergebnisse der Indienkonferenz noch lange keine Lösung des indischen Problems selbst bedeuten. Vielmehr muß man nach Lage der Sache annehmen, daß es nur ein vorbereitender Schritt ist, denn die Austragung der Konflikte wird erst in Indien selbst erfolgen. Aber ebenso gewiß ist es, daß keiner anderen Regierung auch nur die bescheidenen Ergebnisse möglich gewesen wären. Im Unterhaus hat nun zu dieser Frage die Regierung einen vollen Erfolg davongetragen, sie mußte sich nun auch innerpolitisch ins Vortreffen stellen.

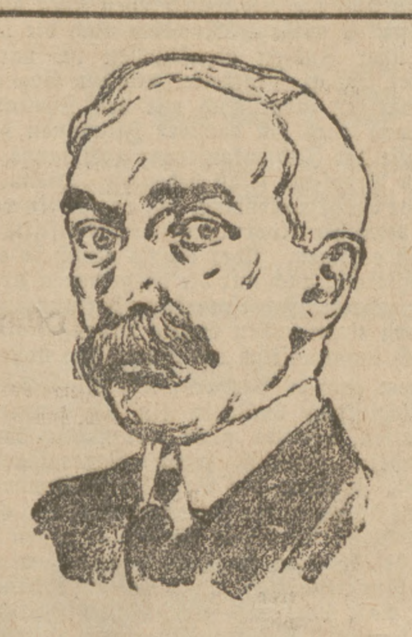
Nach dem großen Bergarbeiterstreik 1926 hat die konservative Regierung Baldwin ein sogenanntes Antistreikgesetz geschaffen, welches nicht nur jeden Sympathiestreik verbot, sondern praktisch jeden Generalstreik ausschloß. außerdem die Zahlung der Beiträge vollkommen inhibierte und jede Unterstützung der Arbeiterpartei aus Gewerkschaftsmitteln ausschloß. Dies war ein Schlag gegen die Arbeiterpartei, die bei Wahlen empfindlich getroffen werden sollte. Gegen die Gewerkschaften selbst bedeutete das Antigewerkschaftsgesetz mehr oder weniger die Ausschaltung von jeder politischen Aktion. Die Konservativen hatten damals die absolute Mehrheit im Unterhaus und nutzten diese Gelegenheit weidlich aus. Denn nicht nur die Gewerkschaften selbst, sondern vielmehr die Arbeiterpartei sollte dadurch getroffen werden. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes zog die Arbeiterpartei in den Wahlkampf. Ein voller Erfolg, die absolute Mehrheit im Unterhaus, ist ihr nicht beschieden gewesen. Bei der Behebung der Arbeitslosigkeit haben die von der Ar-

beiterpartei angewendeten Mittel versagt. Nachdem nun die außenpolitischen Aufgaben zum Teil erfüllt waren, mußte innerpolitisch etwas geschaffen werden und vor allem auch, um sich von der Abhängigkeit von den Liberalen zu befreien. Darum entschloß sich Macdonald zur Beseitigung des Antigewerkschaftsgesetzes, welches über Sein oder Nichtsein der Arbeiterregierung entscheiden sollte. Vorher schon wurden die Liberalen gebunden, indem man ihnen die Durchführung einer Wahlreform in Aussicht stellte. Die Wahlgesetzesvorlage wurde eingebracht, und ihre Annahme sichert der dritten Partei immerhin einige Vorteile, aber das Opfer war zu groß, das man von den Liberalen forderte, die Zustimmung zumAntistreikgesetz, beziehungsweise zu dessen Aufhebung. Deshalb war auch die ganze Situation auf den Ausgang gespannt, aber Macdonalds Kabinett war entschlossen, über die Vorlage zu stürzen und zu Neuwahlen zu schreiten.

Am Mittwoch wurde auch über diese Frage entschieden. Das Antigewerkschaftsgesetz ist gefallen, wieder ist die Arbeiterpartei geschlossen und die Opposition im eigenen Lager niedergehalten. Man hat sowohl die konservative, als auch die Opposition, in der Arbeiterpartei vor die Losung gestellt: Rechts- oder Linkskurs in England. Die Konservativen waren entschlossen, die Arbeiterregierung zu stürzen, sie arbeiten auf Neuwahlen hinaus. Auch die Arbeiterpartei ist zu Neuwahlen bereit, wenn sich auch heute jeder darüber Rechenschaft gibt, daß sie ein empfindliche Niederlage zu verzeichnen haben wird. Aber sie wollte an einer Frage scheitern, die die Arbeiterklasse selbst betrifft, so oft hat sie keine Konsequenzen gezogen, wenn sie bei irgend einer Vorlage in der Minderheit blieb. Die Liberalen haben sich nicht entschließen können, gegen die Arbeiterregierung zu stimmen, wenn sie auch Gegner des neugeschaffenen Gewerkschaftsgesetzes sind. Mit der Annahme dieser Vorlage ist die Opposition innerhalb der Arbeiterpartei, selbst noch nicht behoben, aber es ist in parteipolitischer Hinsicht immerhin ein Erfolg zu verzeichnen. Der Sturm ist wenigsten beigelegt, und so lange die Wahlreform nicht angenommen ist, hat die Arbeiterregierung zunächst Ruhe.

Es ist das Schicksal der Arbeiterklasse, daß sie die Sünden ihrer Vorgänger aus dem Bürgertum büßen muß. Niemand darf sich Illusionen darüber hingeben, daß in diesem Zeitpunkt jede Arbeiterregierung ein Versager sein muß. Sie kann nicht allein die Interessenvertreterin einer Klasse des Staates sein, sondern muß die Verantwortung für den ganzen Staat übernehmen, und damit wird sie zwangsläufig ein Schutzwall für die besitzenden Klassen. Eine Minderheitsregierung auf Gnade und Ungnade einer liberalen Clique ausgeliefert, teilt sie das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie, die immer dann herbeigerufen wird, wenn der Patriotismus der Besitzenden versagt. Auch in England ist dies der Fall, und niemand darf Wunder von Macdonald und seinem Kabinett erwarten. Die Entscheidung liegt darin, zu beweisen, daß auch die Repräsentanten der Arbeiterklasse befähigt sind, die Macht des Staates zu beherrschen und im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaft diesen Staat zu erhalten und zu festigen. Da der Staat Lebensvoraussetzung der Arbeiterklasse ist, so muß er auch von einer Arbeiterregierung zwangsläufig gesichert werden, oft auch gegen die Interessen der eigenen Klasse. Das ist zwar außerordentlich peinlich für die kommende Entwicklung der Arbeiterpartei, und die wachsende Opposition, innerhalb ihrer eigenen Reihen, ist oft schwieriger, als die parlamentarische Obstruktion der Gegner. Die Sozialisten Europas blicken deshalb auch nicht mit Begeisterung nach London, aber sie werten diese Regierung als das, was sie wirklich ist, ein Schutzwall gegen die internationale Reaktion, gegen den Ansturm des Faschismus.

Von diesem Blickfeld aus gesehen, muß Macdonalds Erfolg begrüßt werden. So lange in London eine Arbeiterregierung am Ruder ist, ist die Kraftauswirkung des Faschismus gehemmt. Und die Vorgänge in Genf haben uns gezeigt, was es für einen Wert hat, wenn ein Sozialist die Geschicke leitet. Ohne Hendersons Einfluß wäre weder Herr Zaleski so bescheiden geblieben, noch hätte der Japaner Yoshisawa einen so ausgeprägten Bericht verabfolgen können. Ohne Macdonalds Kabinett wären im Reich die Nationalsozialisten viel toller und auch in Warschau würde man sich manche Zurückhaltung ersparen. Eine Arbeiterregierung in London ist für die Arbeiterklasse immerhin noch ein Bollwerk, vor dem die internationale Reaktion sich gewisse Schranken setzen muß, und darum muß der Sieg Macdonalds in der Gewerkschaftsfrage lebhaft begrüßt werden. Er ist eine Warnung für die Reaktion und auch ein Zeichen dafür, daß man sich dem Gegner im rechten Augenblick stellen muß. Freilich ist das für die Arbeiterregierung selbst nur eine Atempause, denn sie hat das Bürgertum gegen sich. Aber für die sozialistische Entwicklung ist sie ein Markstein, daß auch die Arbeiterklasse regieren kann, nicht schlechter, als das Bürgertum, und berufen ist, sein Erbe zu übernehmen. —ll.



Ein „Internationales Büro für sportliche Erziehung"

wurde von dem verdienstvollen Begründer der modernen Olympischen Spiele, dem Baron de Coubertin, in Lausanne ins Leben gerufen. Er hat ein umfangreiches Programm der Sportreform ausgearbeitet, das auf diplomatischem Wege allen Regierungen zugehen wird.

Spaniens Ruf nach dem Parlament

Die Regierung macht Konzessionen um Wahlenthaltung zu verhüten
Nur das Pariament kann Rettung bringen

Madrid. Die Regierung übergab der Presse am Donnerstag Abend eine Note, in der erneut völlige Wahlfreiheit zugesichert und versprochen wird, daß die Regierung Wahlbeeinflussung weder selbst betreiben noch von anderer Seite zulassen werde. Gleichzeitig werden völlige Aufhebung des Kriegszustandes und der Pressezensur sowie Wiederherstellung der Versammlungs- und Propagandafreiheit in Aussicht gestellt. An diese Zugeständnisse knüpft die Regierung die dringende Aufforderung an die politischen Kreise, die für Wahlenthaltung eintreten, unter keinen Umständen der Wahl fernzubleiben, da die normale politische Lage ausschließlich durch die Schaffung eines Parlamentes wieder hergestellt werden könne, in dem sämtliche politischen Richtungen vertreten seien.

Diese plötzliche Nachgiebigkeit der Regierung scheint der letzte Versuch zu sein, die Sabotage der Wahlen durch die Linksparteien zu verhindern. Hervorgerufen ist dieser Umschwung in der Haltung Berenguers durch den am Mittwoch gefaßten Beschluß der Konstitutionalisten, ebenfalls von den Wahlen fernzubleiben. Damit blieben als Wähler nur noch Teile der Konservativen übrig. Ein so entstehendes Parlament hätte noch weniger Bedeutung, als die ehemalige Nationalversammlung Primo de Riveras. Aus Hofkreisen hört man, daß der König bei Wahlenthaltung der Mehrzahl der Parteien das Dekret zur Einberufung der Wahlen nicht unterzeichnen würde. Das würde den Rücktritt der Regierung Berenguer bedeuten, mit dem in den weitesten Kreisen ziemlich bestimmt gerechnet wird. Die politische Lage ist heute unklarer denn je. Die Peseta ist an der Madrider Börse erneut zurückgegangen.

Blutige Zusammenstöße in Sevilla

Paris. In Sevilla kam es am Mittwoch gelegentlich einer Kundgebung der Eisenbahnarbeiter zu einem heftigen Zusammenstoß mit der Polizei. Die Arbeiter, die eine Erhöhung der Löhne forderten, hatten einen geschlossenen Zug gebildet, den die Polizei zu zerstreuen versuchte. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf zahlreiche Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden.

Der Kampf gegen den Kommunismus in China

Neuer Oberbefehl über die Regierungstruppen.

London. Nach den bisherigen Mißerfolgen der chinesischen Regierung im Kampf gegen den Kommunismus sind jetzt Maßnahmen ergriffen worden, um die gesamte Kriegsführung auf eine neue Grundlage zu stellen. Zunächst ist, wie die „Times" aus Schanghai meldet, dem General Hojingtsching der Oberbefehl über alle Regierungstruppen übertragen worden, die gegen die Kommunisten eingesetzt werden sollen. Die Kommunisten haben bisher eine ganze Anzahl von Städten wiedererobert und dabei auch den Regierungstruppen erhebliche Verluste beigebracht. In einem Falle haben sie über 40 000 Gewehre, 40 Maschinengewehre und eine große Menge Munition erbeutet. Hinzu kommt, daß in vielen Gebieten die Bevölkerung mit den Kommunisten sympathisiert. Der „Times"-Bericht führt die Erfolge der Kommunisten darauf zurück, daß sie sämtlich von einer Zentrale aus geleitet werden, die die Zusammenarbeit der einzelnen roten Armeen sicherstellt und systematisch die Bolschewisierung betreibt. Die große Zahl der Arbeitslosen habe günstige Vorbedingungen geschaffen. Deshalb stehe die chinesische Regierung vor einem außerordentlich schwierigen Problem, das nur durch eine durchgreifende Wiederaufbaupolitik gelöst werden könne.



Das erste Bild vom Aufstand in Burma

wo Eingeborene sich gegen die britische Verwaltung erhoben, Beamte ermordeten, Bahnhöfe angriffen und Telegraphenanlagen zerstörten. Auf Lastkraftwagen wurden schleunigst englische Truppen ins Aufstandsgebiet bis unmittelbar in die Gefechtszone geschafft. So zeigt diese Aufnahme britische Kolonialinfanterie — unweit der Stadt Tharrawaddy — in Erwartung des Angriffsbefehls.

Fünftagewoche in der deutschen Zigaretteninduftrie

Hamburg. Wie die Verwaltung der Reemtsma-Zigarettenfabriken mitteilt, hat der Reichsarbeitgeberverband der deutschen Zigaretteninduftrie im Benehmen mit den Gewerkschaften, um zu verhindern, daß der durch die Tabaksteuererhöhung vom 1. Januar 1931 zu erwartende Verkaufsrückgang in Zigaretten zu einer weiteren Entlassung von Arbeitern führt, beschlossen, alsbald die Fünftagewoche einzuführen. Der durch diese Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeitnehmer eintretende Verdienstausfall soll dadurch gemildert werden, daß künftig einer Berechnung des Wochenlohnes der 45-Stundenlohn statt der tatsächliche geleisteten 42½stündigen Arbeitszeit zugrunde gelegt wird.

Wenn der durch die Steuererhöhung zu erwartende Verbrauchsrückgang in Zigaretten kein allzu starkes Ausmaß annimmt, so wird diese Maßnahme zu einer automatischen Mehreinstellung von Arbeitskräften führen.

Blutige Krawalle in Bukarest

Berlin. In Bukarest kam es nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" am Donnerstag zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. In den Abendstunden hatten die Angestellten der Staatseisenbahnen mehrere Versammlungen einberufen, in denen gegen die Abbauaktion bei den Staatseisenbahnen protestiert wurde. Nach den Versammlungen zogen mehrere tausend Versammlungsteilnehmer durch die Straßen der Stadt. Es kam zu einem wüsten Handgemenge. Schließlich gab die Polizei gegen die anstürmende Menge eine Gewehrsalve ab. 20 Schwerverletzte blieben auf dem Platz vor dem Nationaltheater liegen. Die Polizei nahm 70 Verhaftungen vor.

Ein sozialdemokratischer Trickfilm verboten

Berlin. Die Filmoberprüfstelle hat, wie der „Vorwärts" berichtet, am Donnerstag unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Becker einen Trickfilm mit dem Titel „Ins dritte Reich" verboten, den die Film- und Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei hergestellt hat. Gegen die Zulassung des Films hatten sich Vertreter des Reichsinnen- und des Reichsaußenministeriums ausgesprochen.

Der italienisch-amerikanische Zwischenfall

Eine Entschuldigungsnote Amerikas?

Neuyork. Der Kommandant des amerikanischen Flottenstützpunktes Quantico, Generalmajor Butler, dessen scharfer Angriff gegen Mussolini in einer von ihm gehaltenen Rede sich zu einem italienisch-amerikanischen Zwischenfall ausgewachsen hat, erklärte nunmehr, seinen Rücktritt einer offiziellen Entschuldigung vorziehen zu wollen. Das Staatsdepartement beabsichtigt seinerseits, sich wegen des Zwischenfalls durch eine Note an Mussolini zu entschuldigen. Eine disziplinarische Bestrafung Generalmajor Butlers ist nicht in Aussicht genommen.

Massenverhaftungen wegen Spekulation mit Brennstoff in Moskau

Moskau. Im Zusammenhang mit dem Brennstoffmangel in Moskau hat sich dort eine sehr große Spekulation mit Kohle entwickelt Die O. G. P. U. unternahm daher am Mittwoch eine groß angelegte Razzia, bei der 220 Händler verhaftet wurden. Die Händler werden vom Kollegium der O. G. P. U. nach Sibirien und Turkestan verbannt. Ihr Eigentum wird zugunsten des Staates beschlagnahmt.

Die Sozialdemokraten beim Reichskanzler

Berlin. Der Reichskanzler empfing am Donnerstag nachmittag die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag auf Staffelung der Gehaltsabzüge für die Beamten. Der Standpunkt der Regierung gegenüber diesen Anträgen ist bekanntlich nach wie vor ablehnend.

Das Explosionsunglück auf dem Betty-Bergwerk

Bisher 10 Tote geborgen.

Neuyork. Wie aus Linton zu dem Bergwerksunglück auf der Bettygrube in Indiana ergänzend gemeldet wird, wurden in der durch die Dynamitexplosion zerstörten Kohlengrube 30 Bergleute verschüttet, von denen bisher 10 Tote geborgen werden konnten. Es besteht keine Hoffnung mehr, die übrigen Bergleute zu retten.

Polnisch-Schlesien

Der Weg ohne Rückzug

Der Weg ohne Rückzug ist die von der Sanacja eingeschlagene Taktik. Sie hat sich verrannt, indem sie auf ihre Fahnen „Brest“ geschrieben hat, und sie hat sich mit ihrer Minderheitspolitik gründlich verrannt. Ein Zurück kann es nicht mehr geben, wenn nicht alles in die Brüche gehen soll. Die Katastrophe ist zwar unausbleiblich, aber sie muß verschoben werden, und daher kann es kein Zurück mehr geben. Wer da glaubte, daß die gewaltige Protestwelle gegen die Brestmethoden die Sanacja zur Umkehr bewegen werden, der war auf dem Holzwege, und wer geglaubt hat, daß nach der großen Aussprache in Genf die Minderheitspolitik auf ein anderes Gleis geschoben wird, der war auch im Irrtum. Brest war nur eine „Mahnung“ und Genf hat die Entschlußkraft des Sanacjasystems nur noch gestärkt. Wer es nicht glaubt, der möge sich die halboffiziöse „Polska Zachodnia“ vom 29. dieses Monats genau durchlesen, insbesondere die beiden Artikel: „Angesichts der Rückkehr des Parteiverbrechens“ und den zweiten, der sich auf die Minderheitspolitik bezieht, „Unser Credo“. Beide Artikel bilden eine Art Programmerklärung, und man geht nicht fehl, wenn man sagt, daß hinter den beiden Artikeln neben der Redaktion noch andere Faktoren im Hintergrund stehen. Beide Artikel sind sehr bezeichnend und sind als Kampfansage an alle Gegner der Sanacja zu betrachten.

„Die scharfen Worte des Gendarmen in Brest sind als edle Ermahnung, die durch Liebe zum Vaterlande und zum Feldherrn, und der Sorge um die Zukunft diktiert waren, aufzufassen.“ Ob die Faustschläge ebenfalls als eine „edle Ermahnung“ aufzufassen sind, sagt das halboffiziöse Blatt leider nicht, wahrscheinlich aber ja. Brest war überhaupt nur eine „Ermahnung“ gewesen, und nachdem es die „Verbrecher“ nicht heilen konnte, zumal sie nach ihrer Freilassung rückfällig geworden sind und sich als „Gewohnheitsverbrecher“ entpuppt haben, so müssen sie für immer von der Allgemeinheit isoliert werden, damit sie diese nicht anstecken. Nach der „Ermahnung“, die nichts genutzt hat, muß eine strenge und rücksichtslose Strafe folgen. Das ist der Sinn des einen Artikels, der sich auf die polnische Opposition bezieht.

In dem zweiten Artikel wird die deutsche Minderheit auf die Sanacjawerkstelle gelegt. Hier kommt die Wut wegen des Sieges der These des Deutschen Volksbundes kraß zutage. „Das Interesse Polens erfordert gebieterisch, daß die Prozeßlust des Volksbundes auf ein Minimum eingeschränkt wird.“ Grundsätzlich stimmen wir dem Sanacjablatt zu, denn wir vertreten auch die Meinung, daß die Minderheitsangelegenheiten viel besser in Kattowitz und in Warschau als in Genf erledigt werden können. Das haben wir auch wiederholt ausgesprochen, aber man muß die deutsche Minderheit hören wollen. Ihre Delegation muß empfangen und ihre Beschwerden nach Recht und Gesetz erledigt werden, dann wird sich Genf als überflüssig erweisen. „Polen hat mit Revisionsbestrebungen des deutschen Vorpostens in seiner Westmark zu tun, und daher kann es weder Grazynski und seine aktive patriotische Betätigung loswerden, noch kann es auf die Betätigung des Aufständischenverbandes und des Westmarkenverbandes verzichten. Im Gegenteil, die Lebensinteressen Polens erfordern es, daß die patriotische Form der Arbeit in den Westmarken sich des größten Wohlwollens der maßgebenden Faktoren erfreuen muß.“ Mithin bleibt uns alles erhalten, denn — wie es an anderer Stelle heißt — gründet sich die Prozeßlust des „Kultur- und Herrenvolkes“ nicht auf dem Terror, sondern auf der anwachsenden grenzrevisionistischen Welle. Und zum Schluß sagt die Halboffiziöse noch folgendes:

„Der Volksbund wird von unserer Seite einen Verzicht auf unser Programm nie erleben. Obwohl uns die Genfer Gerichte unangenehm sind und unsere Ambition verletzen, so werden wir für den Preis einer „guten Marke“ in Genf unsere polnischen Interessen in Schlesien nicht preisgeben. Wir werden geduldig die Zeit des Inkrafttretens der Genfer Konvention überstehen. Uebrigens sind wir der Ansicht, daß unsere nationalen und staatlichen Eroberungen dauerhafter sind, als die vom Volksbund in Genf erzielten Erfolge. — Nein, die Genfer „Erfahrungen“ werden unsere Programmlinie nicht beugen können.“ — — —

Der Artikel ist mit einer besonderen Schärfe und Gehässigkeit geschrieben, die wir aber übergehen, denn wir wollten nur seine Tendenz wiedergeben. Er reiht sich würdig an den erstgeschilderten Artikel über die polnische Opposition und Brest an. Brest war ein Programm, und die Be- bezw. Mißhandlung der nationalen Minderheit bildeten, nach der „Polska Zachodnia“, die Programmlinie, die nicht einmal wegen der „guten Marke“ in Genf gebeugt wird. Doch ist dabei eine Sache unverständlich, und zwar, wenn das Sanacjablatt über die „Prozeßlust des deutschen Vorpostens“ redet. Die Programmlinie wird, trotz Genf, nicht gebeugt werden. Mit anderen Worten: Die Knüppelpolitik der nationalistischen Organisationen wird erhalten bleiben und die Prozeßlust wird auf ein Minimum eingeschränkt werden. Soll das bedeuten, daß man die Absicht hat, uns das Recht der Beschwerde an internationale Instanzen zu nehmen? Das wird schwer gehen, obwohl wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß man auch davon nicht zurückschrecken würde, wenn sich das durchführen ließe.

Das Sanacjasystem befindet sich auf dem Wege, wo es kein Zurück mehr gibt. Die Sanacja hat alle Brücken hinter sich verbrannt und steht und fällt mit ihrem System zusammen. Dieses System führt in den Abgrund, der unvermeidlich ist, aber ein Zurück führt ebenfalls zur Katastrophe.

Ein neuer Kohlenkonzern in Sicht

In den Kreisen der schlesischen Industriellen besteht die Absicht, einen weiteren Kohlenkonzern zu schaffen. Die Aufgabe des neuen Kohlenkonzernes wird es sein, den Kohlenabsatz auf die Auslandsmärkte und an die großen Abnehmer im Inlande, wie z. B. die Eisenbahn, zu leiten. Das können wahrscheinlich die bestehenden Kohlenkonzerne nicht machen, obwohl wir davon ein halbes Dutzend bereits haben. Ein neuer Kohlenkonzern bedeutet eine neue Verteuerung der Kohlenproduktion, denn es werden neue Direktoren und Generaldirektoren, mit einem Stab von Prokuristen angestellt, die alle gut bezahlt werden wollen. Dann stellen sich die Herrschaften hin und klagen wegen Unrentabilität der Betriebe und Absatzmangel. Morgen soll der definitive Beschluß über die Schaffung des neuen Kohlenkonzernes gefaßt werden.

Arbeiter, denkt an die Kommunalwahlen in Rosdzin-Schoppinitz

Neuorganisierung der Gemeindeverwaltung — Keine Grünanlagen, nicht einmal vor den Spitälern Arbeitergroschen müssen von den Arbeitern verwaltet werden — Die Schaffung der Sozialeinrichtungen darf den bürgerlichen Parteien nicht überlassen werden — Am Sonntag wählen die Arbeiter die Liste 1

Am 1. Februar wird in der neugeschaffenen großen Industriegemeinde Rosdzin-Schoppinitz gewählt. Warum die Wahlen vom 18. Januar auf den 1. Februar verschoben wurden, ist nicht klar. Die Aussichten der Sanacja, sich in der neugeschaffenen Arbeitergemeinde häuslich einzurichten, sind nicht groß, überhaupt jetzt noch nach dem großen „Sieg“ in Genf. Sie waren minimal und sind es geblieben, obwohl man durch die Verschiebung den Sanatoren Zeit zur Konsolidierung geben wollte. Das war höchstwahrscheinlich auch die einzigste Ursache der Wahlverschiebung gewesen.

Für die Arbeiterschaft in Rosdzin-Schoppinitz sind die Sonntagswahlen **von größter Bedeutung.** Handelt es sich doch hier um eine neugeschaffene Arbeitergemeinde, wo alles von

neuem aufgebaut

werden soll. Die ganze Verwaltung muß neu organisiert werden.

Der Kleinkrämergeist, der bis jetzt die beiden Verwaltungen beherrschte und ihre freie Entwickelung hemmte, muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Wir können nicht zulassen, daß

Arbeitergemeinden einem Scheunenviertel

gleich aussehen. Die Arbeiter sind genau solche Menschen wie die Nichtstuer und Lebensgenießer. Seht euch nur eure beiden Gemeinden näher an! Nichts findet man, an dem das Auge haften bleiben könnte. Lauter unförmige Steinhaufen und noch dazu schäbig.

Keine Grünanlagen, nicht einmal vor den Spitälern und Schulhäusern.

Ueberall rote Arbeiterhäuser, die mit Menschen überfüllt sind. Aus jedem Loch guckt ein blasses, abgehärmtes Menschengesicht heraus. Rafft sich die Gemeinde einmal auf und baut sie ein Wohnhaus, so wird das als eine

Wohltat bezeichnet,

obwohl das ihre verdammte Pflicht ist. Mit dieser Wohltuerei muß in der neugeschaffenen Gemeinde gründlich aufgeräumt werden. Wir verzichten auf die Wohltaten und

kämpfen um unsere Rechte.

Es sind doch Arbeitergroschen, die von der Gemeinde verwaltet werden. Wir dürfen nicht leichtsinnig handeln und dürfen unser schwer verdientes Geld unseren

Klassenfeinden zum Verwalten nicht überlassen.

Wir verdienen das Geld, und wer das Geld zu verdienen versteht, der wird auch das Geld zu verwalten verstehen. So viel Einsicht muß ein jeder Arbeiter aufbringen können und muß am kommenden Sonntag die

Arbeiterliste wählen.

Die Arbeitergroschen, die durch die Gemeinde verwaltet werden, müssen so ausgegeben werden, daß sie den Arbeitern Nutzen bringen. Mit der Subventionierung von nationalistischen Kampforganisationen, der Subventionierung von klerikalen Einrichtungen und dem ganzen bürgerlichen Vereinsspuk, der zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen geschaffen wurde, muß in der neuen Gemeinde gründlich aufgeräumt werden. Dazu sind die Arbeitergroschen nicht da. Wir haben in der Gemeinde genug Elend und das will gelindert werden. Als die vornehmste Aufgabe der neu zu wählenden Gemeindevertreter muß es sein, den

Armen und Arbeitslosen zu helfen,

damit sie vor Hunger und Entbehrungen nicht zugrunde gehen. Kinderpflege und Kinderschutz steht im engen Zusammenhange mit der Linderung der Not. Die Gemeinde muß

Beratungsstellen, materielle und ärztliche Hilfe für schwangere Frauen und Säuglinge

in der Gemeinde einrichten. Schulhäuser und Spitäler und sonstige Sozialeinrichtungen müssen neu geschaffen bezw. ausgebaut werden, damit nicht etwa

drei Kranke in einem Bett schlafen

müssen, was in Rosdzin der Fall war. Dann muß die Gemeinde eine neue Parkanlage bekommen, die sehr dringend ist. Wer bei Geld ist, der besucht im Sommer verschiedene Bäder bezw. Sommerfrischen. Solche gibt es in Rosdzin-Schoppinitz nicht viele, denn die beiden Orte werden vorwiegend durch die Arbeiter bewohnt. Geldmangel erlaubt den Arbeitern nicht, Sommerreisen zu machen. Sie sind das ganze Jahr hindurch an ihre

Wohngemeinde gekettet.

Es liegt also klar auf der Hand, daß die Gemeinde eine größere Parkanlage mit Bänken und Kinderspielplätzen dringend benötigt, wo die Ortsbewohner in der freien Zeit ein wenig ausruhen könnten. Es sind noch hunderte anderer wichtiger Sachen, die geschaffen werden müssen, die man aber in einem Zeitungsartikel nicht ausführlich behandeln kann. Die Arbeiter können auf alle diese Sachen nicht verzichten und sie wären mit Blindheit geschlagen, wollten sie den bürgerlichen Parteien die Schaffung der angeführten Einrichtungen überlassen. Die Einrichtungen für die Arbeiter müssen durch die Arbeiter geschaffen werden.

Am 1. Februar müssen alle Arbeiter sozialistisch wählen. **Die Liste der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei trägt die**

Nr. 1

und jeder Arbeiter muß am Sonntag für diese Liste stimmen.

Kündigung des Gehaltsabkommens für die Angestellten in der Schwerindustrie

Wie von Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie das Gehaltsabkommen für die Angestellten zum 30. April d. Js. aufgekündigt. Anträge sind vom Arbeitgeberverband nicht gestellt worden.

Wichtig für abgebaute Invaliden

Die auf den Werken allgemein vorgenommenen Entlassungen haben viele ältere Arbeiter betroffen, die bereits pensionsberechtigt sind. Bei der Anforderung von Geburtsurkunden usw. ist vorwiegend zu beachten, daß nach dem Genfer Vertrag die Ausstellung solcher Urkunden frei von jeder Abgabe, ebenso von der Stempelsteuer sind. Nur für Schreibgebühren sind 50 Groschen für jedes Formular zu entrichten. Urkunden, die vor das Geburtsjahr 1874 fallen, sind bei den Pfarrämtern anzufordern Die Pfarrkanzleien selbst werden ersucht, solche Anträge beschleunigt zu behandeln, da beim Renten- oder Pensionsverfahren sehr leicht eine Verjährungsfrist eintreten kann, falls der Antragsteller gegen eine Entscheidung einer Rentenstelle Berufung einlegt. Ein Rekurs in zweiter Instanz hat nur eine 14tägige Berufungsfrist. Dem Antrag bei einem Pfarramt ist eine Retourmarke beizulegen. Es empfiehlt sich, in der Nähe gelegene Geburtsorte persönlich aufzusuchen, um den Anträg schnell zu erledigen.

Herr Tarnowski spricht wieder

Der gewesene Demobilmachungskommissar und jetziger Vorsitzende des Berg- und Hüttenmannes, Herr Tarnowski, hat wieder einmal gesprochen. Das ist derselbe Herr, der vor 1 Jahre gesagt hat, daß die schlesischen Arbeiter Ministereinkünfte haben. Dieser Herr spricht jetzt öfters. Er hat jetzt unlängst die Herabsetzung der Arbeiterlöhne in den Gruben und Hütten um 10 bezw. 15 Prozent begründet. Diesmal hat er zwar über die „Ministereinkünfte“ der schlesischen Arbeiter nicht mehr geredet, denn er sprach über die große „Not“ der Industriellen. Herr Tarnowski ist mitschuldig an den hohen Preisen der Industrieproduktion, die, infolge der allgemeinen Verarmung der Konsumenten, nicht abgesetzt werden können. Um den Profit nicht zu schmälern, sollen die Arbeiterlöhne reduziert werden. Jetzt hat Herr Tarnowski wieder seinen Mund aufgetan und verlangte die Herabsetzung der Arbeiterlöhne um 15 Prozent in der Zinkhüttenindustrie. Die Gewerkschaften haben selbstverständlich das Ansinnen abgelehnt und sie werden ihre Forderungen stellen. Diese werden sehr, sehr abweichend von den Forderungen Tarnowskis sein.

Grazynski wieder im Dienst

Der Wojewode Grazynski ist heute früh von seiner Genfer Reise zurückgekehrt und wurde bald nach seiner Ankunft vom Vorstand des Aufständischenverbandes empfangen. Der Wojewode hat bereits heute seine Amtsgeschäfte wieder übernommen und wird zunächst dem Schlesischen Sejm den Haushaltsplan vorlegen, der in der Anfang Februar stattfindenden Sitzung beraten werden soll.

Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz

Im „Dziennik Ustaw“ vom 23. Januar d. J. wurde das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz veröffentlicht, das einige Abweichungen von dem alten Versicherungsgesetz beinhaltet. Nach dem alten Versicherungsgesetz brauchten Arbeiter, die in den kleinen Betrieben, welche unter 5 Personen beschäftigt haben, der Arbeitslosenversicherung nicht angemeldet werden. Das neue Gesetz hebt diese Bestimmung auf. Alle Industriearbeiter, ohne Rücksicht auf die Zahl der Beschäftigten, sind versicherungspflichtig. Weiter bestimmt das neue Versicherungsgesetz, daß das Versicherungsalter nicht vom 18., sondern bereits vom 16. Lebensjahr beginnt. Die Verdienstskala, die nach dem alten Gesetz mit 5 Zloty festgesetzt war, wurde auf 7 Zloty erhöht. Die Industriebetriebe müssen höhere Versicherungsbeiträge wie bis jetzt zahlen. Bis jetzt haben sie 1½ Prozent Versicherungsbeiträge von dem ausgezahlten Lohne entrichtet, von nun ab müssen sie 2 Prozent zahlen. Das neue Gesetz tritt am 23. Januar d. J. in Kraft. Nur bezüglich der Arbeiter in den kleinen Betrieben treten die gesetzlichen Bestimmungen erst nach einem Jahre in Kraft.

Neuausstellung von Militärpapieren

Das schlesische Wojewodschaftsamt teilt mit, daß Personen, welche ihre Militärpapiere verloren haben, verpflichtet sind, diesen Verlust bei der nächsten Polizeistelle zu melden. Dort wird dem Verlierer eine entsprechende Bescheinigung ausgehändigt. Weiterhin ist der Verlust der Dokumente einmalig im Amtsblatt der schlesischen Wojewodschaftsbehörde zu veröffentlichen.

Bei Vorlegung des betreffenden Amtsblattes, in welchem die Veröffentlichung erfolgte, sowie der Bescheinigung der Polizei, wird dann durch die P. K. U. (Bezirkskommando) ein Duplikat ausgestellt. Falls der Verlierer im Besitz eines Armenzeugnisses ist, so braucht eine Veröffentlichung im Wojewodschafts-Amtsblatt nicht zu erfolgen. y.

Die deutschen Wahleinsprüche in Ostoberschlesien abgewiesen

Die Einsprüche der Deutschen Wahlgemeinschaft gegen die letzten Wahlen zum Schlesischen Sejm sind, soweit sie die Wahlkreise Kattowitz und Königshütte betreffen, aus formalen Gründen vom Obersten Tribunal abgelehnt worden, weil sie 24 Stunden zu spät eingereicht worden sind.

Warnung für Emigranten

Es kommt des öfteren vor, daß aus Frankreich aus verschiedenen Gründen ausgewiesene Arbeiter es dennoch immer wieder versuchen, dorthin auszuwandern, was ohne Erfolg ist, weil die vormalige Ausweisung eines solchen Arbeiters aus Polen vorgemerkt ist und stets wieder eine weitere nach sich zieht.

Das Emigrationsamt in Myslowitz warnt daher alle diejenigen, die aus Gesundheitsrücksichten oder anderen Gründen aus Frankreich ausgewiesen wurden, vor weiteren Versuchen, durch Verheimlichung der Ausweisung die Auswanderung möglich zu machen. Es hat gar keinen Zweck. —h.

Der Myslowitzer Bürgermeister protestiert

Der Myslowitzer Bürgermeister Karczewski protestiert, aber nicht gegen Brest, sondern gegen die Pressemeldungen. Vor drei Tagen haben wir berichtet, daß unter dem Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen in Brest auch seine Unterschrift veröffentlicht wurde. Daraufhin kam prompt die Erklärung des Herrn Bürgermeisters in der „Zachodnia", daß er unter dem Protest keine Unterschrift geleistet und auch niemanden beauftragt hat, darunter seine Unterschrift zu setzen. Das hat aber nicht genügt, denn Herr Karczewski hat noch eine besondere Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes der „Polonia" geschickt, in welcher erklärt wird, daß er mit dem Bresterprotest nichts gemeinsames hat, obwohl die „Polonia" seine Erklärung aus der „Polska Zachodnia" abgedruckt hat. Dem Myslowitzer Bürgermeister ist sehr viel daran gelegen, in die Brester Protestaktion nicht hineingezogen zu werden, wahrscheinlich deshalb, weil das für sein Fortkommen schädlich wirken könnte.

Golassowitzer Gemeindevorsteher Dolezyk avanciert!

Korruption in der Gemeindekasse — Budgetüberschreitungen — Amtlicher Wechselmißbrauch, und trotzdem: vom Gemeindevorsteher zum Amtsvorsteher!

Man braucht nur Sanator zu sein! Die gestrige „Polonia" brachte die Notiz, daß der unsern Lesern aus dem Golassowitzer Prozeß wohlbekannte Gemeindevorsteher Dolezyk mit 1. Februar l. J. zum Amtsvorsteher in Pawlowice ernannt worden ist. Die „Polonia" drückt dabei ihre Verwunderung aus, daß dieser Mann, trotzdem er bereits zweimal gerichtlich vorbestraft sei, dennoch für diesen wichtigen Posten berufen wurde.

Unsere Leser werden sich wohl erinnern an die etwas komische Heldenrolle, die Dolezyk im Rybniker Gerichtssaal spielte. Als er dort mit seiner sonoren Feldherrnstimme seine Aussage begann, glaubte jeder Zuhörer, daß aus dem Munde dieses kühnen Zeugen das große Geheimnis, das über den ganzen Fall noch liegt, gelüftet werde und daß damit die große „Sensation" des Prozesses einsetzen werde. Die Sensation kam auch, aber im negativen Sinne.

Als Dolezyk gefragt wurde, auf welche Weise sich der Gegensatz zwischen Deutschen und Polen in Golassowitz ersichtlich gemacht habe, antwortete dieser Herr mit dem Brustton der Ueberzeugung: Die Deutschen hätten sein (Dolezyks) Gasthaus boykottiert!

Richter und Staatsanwalt waren durch diese Aussagen unangenehm berührt und wünschten von diesem Zeugen keine „Sensationen" mehr.

Wir erinnern uns noch, wie Dolezyk — wahrscheinlich vom bösen Gewissen getrieben — selbst im Gerichtssaal von seiner unregelmäßigen Kassaführung und dem Wechselmißbrauch gesprochen hat. Wer hätte sich damals gedacht, daß dieser Mensch auf den verantwortlichen Posten eines Amtsvorstehers berufen werden würde, trotzdem gegen ihn solch schwer belastendes Material vorliegt. Wir hatten uns schon damals für diesen Mann interessiert und dabei erfahren, daß seine Selbstanklage nur ein geringer Teil dessen ist, was er tatsächlich verschuldet hat. Wir wollen heute ganz absehen von seinen Beziehungen zu dem „Golassowitzer Fall", die im Laufe der Verhandlung sehr deutlich hervortraten und ohne Frage in den kommenden Prozessen restlos aufgedeckt werden und beschränken uns heute nur auf die Tatsache seiner „Amtsführung", die er selbst im Gerichtssaal zur Schau trug:

Seit drei Jahren vermißt die Gemeinde Golassowitz eine öffentliche Rechnungslegung. Die Gemeindekasse verwaltet der Gemeindevorsteher Dolezyk selbst. Nachdem allerhand Gerüchte im Umlauf waren über Unregelmäßigkeiten und Mißbräuche und dadurch die steuerzahlende Bevölkerung wegen Verwaltung der öffentlichen Gelder in Unruhe geriet, verlangte der Gemeinderat in energischer Weise von Dolezyk Rechenschaft. Als dieser durch allerhand Ausflüchte der Rechnungslegung ausweichen wollte, wählte der Gemeinderat ein Revisionskomitee, welches die Starostwo in Pleß von dem tatsächlichen Sachverhalt in Kenntnis setzte. In dem Bericht des Revisionskomitees werden zahlreiche Mängel kleinerer und größerer Art festgestellt: so fehlen für viele Ausgaben Originalbelege, ferner wurden Ausgaben gemacht, welche der Gemeinderat nicht bewilligt hatte, das Budget wurde sehr beträchtlich ohne Berechtigung und ohne Rechtfertigung überschritten, Dolezyk kaufte ganz eigenmächtig ein Radio und bezahlte mit Wechseln, welche er mit dem Gemeindegiro versah.

Auf die Anzeigen des Revisionskomitees entsandte die Starostwo einen Beamten zur Ueberprüfung der Kassabücher, welcher auch seinerseits bestätigte, daß alle vorhin genannten „Unregelmäßigkeiten" durch Dolezyk begangen wurden. Inzwischen ist aber ein Jahr vergangen und nichts ist geschehen, es hat sich auch nichts geändert. Die „alte Wirtschaft" wird fortgesetzt. Die Ausgaben wachsen und der Steuerzahler muß trotz furchtbarer Not und Wirtschaftskrise weiterzahlen.

Es geht das Gerücht um, daß die Gemeinde Golassowitz ihren Gemeindevorsteher wegen der Unregelmäßigkeiten im Gemeindehaushalt zur gerichtlichen Verantwortung ziehen will. Das wird ein interessanter Prozeß werden! Vielleicht ein lehrreicher Präzedenzfall für andere Gemeinden, die auch das Glück haben, einen Sanator an ihrer Spitze zu haben!

Wir gratulieren zum Avancement!!!

Kattowitz und Umgebung

Gesamtbevölkerungsbewegung in Groß-Kattowitz.

Interessante Ziffern aus dem verflossenen Jahr.

Ueber die Bevölkerungsziffer, einschließlich der Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen innerhalb des Jahres 1930, gewährt eine Zusammenstellung des Kattowitzer Magistrats folgendes anschauliches Bild:

Groß-Kattowitz wies am Anfang des Jahres 1930 insgesamt 128 270 Einwohner auf. Diese Einwohnerziffer erhöhte sich im Laufe des Jahres, infolge größerer Zugänge und erreichte Ende Dezember 1930 die Ziffer von 130 790 Personen. Es handelte sich, einschließlich der Kinder, um 65 075 männliche und 65 714 weibliche Personen. Gezählt wurden 118 088 Katholiken, 6348 Protestanten, 5817 Juden und 537 Andersgläubige bezw. Religionslose. Weiterhin registriert der Magistrat 127 450 polnische und 2294 deutsche Staatsbürger, sowie ferner 1046 andere Staatsangehörige. Es gilt, festzustellen, daß unter der Ziffer „2294 deutsche Staatsbürger", es sich lediglich um Reichsdeutsche bezw. Optanten handelt, während der große Teil der Kattowitzer Bürgerschaft, der sich zur deutschen Minderheit bekennt, unter der Rubrik „polnische Staatsangehörige" geführt wird. Die Gesamtbevölkerungsziffer in Groß-Kattowitz erhöhte sich im Vorjahr um insgesamt 2520 Personen. Der durchschnittliche Monatszugang wies demnach 210 Einwohner auf.

Registriert wurden insgesamt 2816 Lebend- und 76 Totgeburten. Verstorben sind dagegen 1565 Personen. Nicht hinzugerechnet worden sind 1387 Ortsfremde, die während ihrer vorübergehenden Anwesenheit in Kattowitz gleichfalls verstarben. Der natürliche Zuwachs betrug infolge Geburtenüberschuß 1429 Kinder. Pro 100 Einwohner entfielen im Jahresverhältnis 2,1 Prozent Geburten, sowie 1,1 Prozent Todesfälle. Es sind 1475 Knaben und 1417 Mädchen geboren. Hier handelte es sich um 1277 eheliche Knaben und 1234 Mädchen, ferner 381 uneheliche Kinder.

Unter den 1565 Verstorbenen befanden sich 846 männliche und 719 weibliche Personen. Es verstarben im Alter bis zu 1 Jahr 456 Kinder, im Alter von 1—5 Jahren 98 Kinder, von 5—10 Jahren 31 Kinder, von 10—15 Jahren 10 Kinder, von 15—20 Jahren 42 Erwachsene, von 20—30 Jahren 152 Erwachsene, von 30—40 Jahren 97 Erwachsene, von 40—50 Jahren 122 Erwachsene, von 50—60 Jahren 152 Erwachsene, von 60—70 Jahren 172 Erwachsene, sowie im Alter von mehr als 70 Jahren 233 Erwachsene.

Verstorben sind in der Altstadt 439 Personen, im Ortsteil Bogutschütz-Zawodzie 236, Zalenze-Domb 301, Ligota-Brynow 61, in den Spitälern 502 und in den Asylen bezw. Heimen 26 Personen.

Als Todesursache wurde u. a. registriert: Bauchtyphus in 6 Fällen, Masern in 2 Fällen, Scharlach 1 Falle, Keuchhusten 7 Fällen, Halsbräune und Diphtheritis 11, Influenza 9 Fällen, Ruhr 1 Falle, andere epidemische Krankheiten in 3 Fällen, Lungentuberkulose in 159, Gehirntuberkulose in 5 Fällen, Tuberkulose anderer Organe 10, Krebs und andere Geschwüre 80 Fällen, Gehirnhautentzündung 28, Gehirnschlag 46 Fällen, Herzkrankheit und Erkrankung der Blutgefäße in 260 Fällen, Lungenentzündung 169, Erkrankung der Atmungsorgane 25, Magenerkrankung 5, Darmerkrankung und Magenkrankheit in 109 Fällen, Blinddarmentzündung 5, Rippenfellentzündung 8 Fällen, Nierenentzündung 21, Wochenbettfieber 11 Fällen, andere Geburtserkrankungen 8, Altersschwäche 137, körperliche Schwächen von Kindern 174 Fällen, gewaltsamer Tod (Unglücksfälle) in 71 Fällen, 19 Selbstmorde.

Nach den standesamtlichen Registern sind im Vorjahr 1088 neue Ehen geschlossen worden. Die Höchstziffern und zwar 131, 161 und 160 Eheschließungen, wiesen die Monate Februar, Oktober und November auf. y.

Sonntagsdienst der Krankenkassenärzte. Von Sonnabend, den 31. Januar, 2 Uhr mittags, bis Sonntag, den 1. Februar, 10 Uhr abends: Dr. Bloch, Marjacka 7, Dr. Magiera, Plac Wolnosci 3; von Sonntag, den 1. Februar, 10 Uhr abends, bis Montag, den 2. Februar, 12 Uhr nachts: Dr. Neukirch, 3. Maja 33, und Dr. Knosalla, Pilsudskiego 10.

Diebstahlschronik. Der Kaufmann Simon Szajer machte der Polizei darüber Mitteilung, daß zum Schaden der Firma „Weltfreund" auf der ulica Slowackiego ein Einbruch verübt wurde. Der Täter stahl 5 Fässer Aepfel im Werte von 700 Zloty. Im Laufe der polizeilichen Feststellungen wurde als mutmaßlicher Täter ein gewisser Viktor P. arretiert. Während der Hausrevision sind 5 leere Fässer, sowie 2 Körbe mit amerikanischen Aepfeln vorgefunden und beschlagnahmt worden. — In einem anderen Falle wurden aus dem Lebensmittelgeschäft des Inhabers Josef Schwimmer auf der ulica Jagiellonska u. a. Lebensmittel, Rauchwaren, Schokolade, mehrere Büchsen mit Sardinen, ferner ein Toilettenspiegel und 1 Koffer gestohlen. Den Spitzbuben gelang es mit der Diebesbeute zu entkommen. — Ein weiterer Diebstahl wird aus Domb gemeldet wo in die Geschäftsräume des Kaufmanns Alexander Beldzik auf der ulica Krol.-Hucka ein Kassendiebstahl geplant wurde. Auf frischer Tat ertappt werden konnte die 15jährige Luzie Klapek. Bei der polizeilichen Vernehmung bekannte sich die K. zu weiteren drei Diebstählen. x.

Eichenau. (Sie warten wieder auf den Befehl!) Unsere Aufständischen können die herrlichen Zeiten, die sie in der Wahlkampagne hatten, nicht vergessen. Das Saufen auf Kosten der Wahlagitation hat aufgehört. Nun werden friedliche Bürger in den Lokalen angeekelt, welche aus Angst auch diesen Helden spendieren. Zu dieser Sorte Menschen gehört auch der Aufständische Gajda Josef. Wie weit seine Frechheit langt, beweist, ein Fall, der sich am 28. d. Mts. in einem Lokale abgespielt hatte. In diesem Lokale befand sich der Genosse Raiwa, wo auch der Gajda mit noch einigen Neppfreunden erschien. Da keine anderen Gäste anwesend waren so sollte R. geneppt werden, ohne Rücksicht darauf, daß Gajda und Raiwa auf eine Gerichtsverhandlung wegen dem Ueberfall auf die Wohnung, bei welchem sich auch Gaida beteiligt hatte warten. Da er nichts erreicht hatte, so erlaubte er sich auch Frechheiten gegenüber der Frau R., welche hinzugekommen ist. Er sagte in Anwesenheit dreier Zeugen: „Wenn wir noch einmal von der Wojewodschaft den Befehl erhalten, so werden sie ohne Rücksicht auf das Geschrei der Kinder mit ihrem Manne niedergeknüppelt". Also jetzt wissen wir aus dem Munde eines Aufständischen, daß die Ueberfälle auf Befehl erfolgten und die Aufständischen auf weitere Befehle warten. —a.

Königshütte und Umgebung

Abraham. Das langjährige Gewerkschafts- und Parteimitglied, unser älteste aktive Sangesbruder Josef Adamiec von der Bismarckstraße 12, feiert am 30. Januar sein Abrahamsfest. Zu diesem Festtage wünschen ihm der Volkschor „Vorwärts", wie auch seine Gesinnungsfreunde viel Glück. Möge das Geburtstagskind noch recht lange in unseren Reihen in geistiger Frische und bei körperlicher Gesundheit erhalten bleiben. In diesem Sinne ein herzliches „Freundschaft".

Verlängerte Geschäftszeit. Nach einer Mitteilung des städtischen Polizeiamtes können auf Grund der ministeriellen Verordnung und mit Genehmigung des Demobilmachungskommissars am Sonnabend die Geschäfte und Verkaufshallen ausnahmsweise bis um 20 Uhr offen gehalten werden. m.

Vergebung von Arbeiten. Die Landesversicherungsanstalt in Königshütte hat die Ausführung der Schlosser-, Schmiede- und Ofensetzarbeiten in den neu erbauten Häusern in Königshütte und Kattowitz, sowie die Ausführung der Ofensetzerarbeiten im Beamtenhause in Sosnowitz ausgeschrieben. Alles Nähere kann an der Tafel in der Landesversicherungsanstalt in Königshütte an der ulica Dombrowskiego eingesehen werden. Offertenformulare sind daselbst gegen Entrichtung einer Gebühr von 10 Zloty erhältlich. — Der Magistrat Königshütte benötigt für die 3 städtischen Müllautos eine größere Menge Betriebsstoff wie Oele, Schmiere usw. Entsprechende Offerten sind mit Proben bis zum 20. Februar, vormittags 10 Uhr im Rathause, Zimmer 83 einzureichen. m.

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men.

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

25)

Einmal sprang er in unheimlicher Angst vom Bett auf und schrie laut vor Furcht. Der Wärter mußte ihn mit aller Gewalt wieder niederdrücken.

„Wenn Sie noch mehr solchen Unfug machen, muß ich einen anderen Beamten rufen, und dann binden wir Sie ans Bett fest. Warum tragen Sie es denn nicht in aller Ruhe wie ein Mann? Es ist für Sie doch nicht schlimmer als für das arme Mädchen", sagte der Wärter böse.

Ballam lag nun still und fiel wieder in einen längeren Schlaf, aus dem er plötzlich erwachte, als der Wärter ihn an der Schulter berührte. Er sah, daß seine eigenen Kleider sorgfältig zusammengefaltet auf dem Stuhl vor seinem Bett lagen. Eilig kleidete er sich an und schaute sich dann suchend um.

„Wo ist mein Kragen?" fragte er zitternd.

„Sie brauchen doch keinen Kragen", erwiderte der Wärter mit grimmigem Humor. „Nehmen Sie sich doch endlich zusammen! Andere Leute haben das auch durchmachen müssen. Soviel ich weiß, haben Sie doch eine Opiumspelunke gehabt? Viele haben dort ihren Verstand verloren und sind dann auch zu uns gekommen. Die haben es auch ausgehalten. Nun ist die Reihe eben an Ihnen."

Ballam setzte sich auf die Kante seines Bettes und vergrub das Gesicht in den Händen. Plötzlich öffnete sich die Tür und ein Mann kam herein. Er war schlank, hatte einen roten Bart und rötliche Haare.

Der Wärter packte den Gefangenen an der Schulter, stellte ihn auf die Füße und drehte ihn um.

„Legen Sie Ihre Hände auf den Rücken", sagte er.

Ballam brach der kalte Angstschweiß aus, als er fühlte, daß seine Handgelenke zusammengebunden wurden.

Dann ging das Licht aus. Es wurde ihm eine Kappe über das Gesicht gezogen, und er glaubte, Stimmen hinter sich zu hören. Er war nicht darauf vorbereitet, zu sterben, seine Nerven würden ihn im Stich lassen, das fühlte er jetzt. Aber er hatte doch immer gehört, daß bei solchen Gelegenheiten ein Geistlicher zugegen sein müßte. Zwei Leute faßten ihn an den Armen und führten ihn langsam vorwärts durch die Tür über einen Hof, dann durch eine andere Tür. Der Weg schien endlos zu sein und einmal gaben seine Knie nach. Gleich darauf hielten sie an.

„Bleiben Sie, wo Sie sind!"

Es wurde ihm eine Schlinge ums Genick gelegt und er wartete, wartete verzweifelt und in Todesangst. Minuten vergingen, die ihm wie Stunden erschienen. Plötzlich hörte er schwere Schritte, dann packte ihn jemand am Arm.

„Was machen Sie denn hier, mein Herr?" fragte eine Stimme.

Die Kappe wurde ihm vom Gesicht gerissen. Er stand auf der Straße. Es war Nacht, neben ihm brannte eine Straßenlaterne. Der Mann, der ihn neugierig betrachtete, war ein Polizist.

„Einen kleinen Henkerstrick haben Sie ja auch um den Hals und jemand hat Ihnen die Hände auf dem Rücken zusammengebunden. Hat man Sie überfallen?" Er schnitt die Stricke durch. „Oder wollen Sie mir hier etwa einen Schabernack spielen?" fragte der Vertreter des Gesetzes. „Ich bin erstaunt, so ein alter Herr wie Sie, der schon weiße Haare hat!"

Vor sieben Stunden war Gregory Ballams Haar noch schwarz gewesen. Leon Gonsalez hatte ihm ein Betäubungsmittel in den Kaffee geschüttet und ihn dann durch die Tür im Keller auf den großen Hof geführt, der hinter dem Klub lag. Hier befand sich die neue Garage, die Leon entdeckt hatte, als er den Platz auskundschaftete. Und hier konnten Gonsalez und Manfred ungestört die Komödie in der angeblichen Verbrecherzelle mit ihm aufführen. Das blaue Briefpapier hatten sie sich besonders für diesen Zweck beschafft. Ein Exemplar der „Dienstvorschriften für die königlichen Gefängnisse" hatte ihnen Mr. Fare geschenkt, ohne allerdings zu wissen, wozu es dienen sollte.

5.

Der Mann, der Amelia Jones haßte.

Leon Gonsalez erhielt einen Brief, der eine spanische Marke mit dem Bildnis Alfons XIII trug. Während Cordova schlief, hatte der ruhige Poiccart in einer Mußestunde an seine Freunde geschrieben und von allem berichtet, was ihm in den Sinn kam. Er hatte in einer Orangenlaube gesessen und auf den majestätischen Guadalquivir hinabgeschaut, dessen gelbe Fluten aus den Ufern getreten waren.

„Er ist von Poiccart" sagte Leon.

„Ja, was schreibt er denn?" fragte George Manfred, der schläfrig in einem großen Lehnstuhl vor dem Kamin saß.

Eine grüne Leselampe und das flackernde Feuer beleuchteten das gemütliche Wohnzimmer in der Jermyn Street.

„Also, nun erzähle einmal." George streckte sich gemächlich aus.

„Auf seinen Zwiebelfeldern ist eine Krankheit ausgebrochen", begann Leon feierlich.

Manfred mußte lachen

„Sieh einmal an, Poiccart hat jetzt eine Zwiebelplantage!"

„Warum auch nicht?" fragte Leon. „Hast du eigentlich ‚Die drei Musketiere' gelesen?"

„Natürlich", erwiderte Manfred und schaute lächelnd in die Flammen.

„In welcher Ausgabe?"

„In dem Buch ‚Die drei Musketiere'", antwortete Manfred erstaunt.

(Fortsetzung folgt.)

Lieber verderben lassen, als billiger abgeben. Unter der allgemeinen Notlage hat ganz besonders die ärmere Bevölkerung zu leiden, indem sie auf Grund ihrer geringen Einkünfte nicht in der Lage ist, die immer noch sehr teuren Lebensmittel zu kaufen. Die Läden, Magazine und Speicher sind voll mit Waren und weil sie keine Käufer finden, verderben sie. Lastwagen, voll mit Fässern beladen, kann man fast täglich sehen, wie sie in die tiefen Löcher an der ulica Katowicka und anderswo schlechtgewordenes Sauerkraut, verschimmelte Gurken, Konserven usw. gestürzt werden. Wirtschaftskenner müßten einmal untersuchen, ob diese Lebensmittel verderben, weil sie zu teuer sind, oder ob sie etwa nur so teuer sind, weil soviel verdirbt. Jedenfalls ist es ein Volksvergehen, wenn man soviel verschiedene Lebensmittel verderben läßt, nur um eventuell den Preis zu halten. m.

Siemianowitz

In letzter Stunde.

Die Reduzierungen auf den einzelnen Schachtanlagen sind nun vollzogen, allerdings noch nicht endgültig. Nicht alle Entlassenen dürften mit dem Resultat zufrieden sein, denn es wurden die Vereinbarungen mit dem Demobilmachungskommissar seitens der Verwaltung, wie vorauszusehen war, umgangen. Während der Arbeitsinspektor entschied, zu allernächst die Auswärtigen zur Entlassung zu bringen, verblieben immer noch eine sehr große Anzahl von kongreßpolnischen Arbeitern in den Betrieben. Auch Posen und Galizien ist mit seinem Nachwuchs stark vertreten. So sind auf Richterschächte von 280 Auswärtigen nur 116 entlassen worden. Es müßte natürlich auf die verschiedenen Familienverhältnisse Rücksicht genommen werden, jedoch ist die Anzahl der Zurückgebliebenen immer noch um fast 100 zu groß. Desgleichen durften nicht hiesige Leute reduziert werden, deren krumme Nase oder politische Einstellung verschiedenen Vorgesetzten weniger gefiel. Der Betriebsrat hat die ganze Entlassungsangelegenheit sehr lax behandelt und mußte energischer durchgreifen. Jeder hiesige Entlassene belastet bekanntlich als Arbeitsloser die Gemeinde außerordentlich. Es besteht fast gar keine Hoffnung mehr, diese in den Produktionsprozeß einzureihen. Sie müssen Gelegenheitsarbeiter oder Saisonarbeiter werden. Das kümmert allerdings den vollgepumpten Betriebsratsvorsitzenden nicht, denn seine letzte Amtsstunde scheint bereits geschlagen zu haben. Jedenfalls hat er in der Belegschaft genug Unheil angerichtet. Letztere will in der Byttkower Kapelle ein Te Deum für ihn anstimmen lassen, wenn er von der Bildfläche endgültig verschwunden sein wird.

Die durch die Entlassung Geschädigten, haben noch die einzige Möglichkeit, **innerhalb der Frist von 17 Tagen, gerechnet von Tage der Kündigung, vom Betriebsrat oder ihrer Organisation zu fordern, den Schlichtungsausschuß anzurufen,** da sich der Arbeitnehmer nicht an die Bestimmung des Arbeitsinspektors gehalten hat, erst die Auswärtigen zu entlassen. In dieser Angelegenheit ein sentimentales weiches Herz zu haben, wäre vollständig falsch. Hat doch beispielsweise ein Königshütter Fleischermeister einen seiner alten Arbeiter, welcher 30 Jahre bei diesem beschäftigt war, einen Portierposten in seinem eigenen Hause in Sosnowiec zuweisen wollen. Der Mann durfte auf Veranlassung von Irgendjemandem die Stellung gar nicht antreten. So wird mit Oberschlesiern umgesprungen. Gehe hin, und tue darum desgleichen.

Vorzeitige Unterstützungszahlung. Mit Rücksicht auf den Marienfeiertag am kommenden Montag, wird die Hauptunterstützung an die Arbeitslosen bereits am Sonnabend in der Zeit von 8—12 Uhr gezahlt. Die Zahlung der Wojewodschaftsbeihilfe erfolgt am Dienstag.

Auszahlung der Invalidenrenten. Die Auszahlung von Unterstützungen an Invaliden und Witwen der Arbeiterpensionskasse des Werkes für Januar findet am 3. Februar in der Zeit von 8—11 Uhr in den Kassenräumen der Krankenkasse statt.

Auch die Schellerhütte reduziert. Auch dieses Werk nimmt Arbeiterreduzierungen vor und zwar etappenweise, jede 14 Tage 10 Mann. Am 1. Februar wird der zweiten Serie gekündigt.

Endlich sind wir Kurzarbeiter! Beide Schachtanlagen am Orte legen nun bereits die dritte Feierschicht wöchentlich ein. Somit wären diese Betriebe in die Kategorie der Kurzarbeiter einrangiert. Die nächste Aufgabe der Betriebsräte ist es nun, bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden, daß diese Anlagen auch offiziell als Kurzarbeiteranlagen anerkannt werden, damit den Belegschaften die Kurzarbeiterunterstützung gezahlt wird. Die baldige Bearbeitung dieser Angelegenheit ist unbedingt notwendig, weil auf die Zahlung der Unterstützung bekanntlich monatelang gewartet werden muß. So hat beispielsweise die Ferrum-Eisenhütte bis heut noch nicht die Kurzarbeiterunterstützung für Monat November gezahlt.

Tot! Der Teofil Kolodziej aus Siemianowitz, welchem bei dem Zugunfall in Beuthen beide Beine abgefahren wurden, ist im städlischen Lazarett in Beuthen seinen Verletzungen erlegen.

50 Prozent Schwerverletzte auf die Straße gesetzt. Das Kapital wird immer rücksichtsloser. Die Betriebe in unserem Betriebsbereich haben einen Teil ihrer Kriegs- und Unfallverletzten mit über 50 Prozent die Arbeitsstelle mit monatlicher Frist gekündigt. Von der Kündigung sind viele betroffen, welche auf der Anlage selbst ihre Gesundheit gelassen haben und zum Krüppel wurden. Auch diese Tatsache schert den kapitalistischen Direktor gar nicht. Die Rente eines solchen Schwerbeschädigten erreicht sehr häufig 75—100 Zloty. Aus dem Arbeitslosenelend hat nun der Industriebaron nebst Anhang die weise Lehre gezogen, daß ein Invalide bereits von 40—50 Zloty Monatsrente „leben" kann; manchmal ist es noch weniger, wenn so ein armer Teufel nämlich Armenunterstützung von der Gemeinde erhält. Diesen Umstand hat sich nun wieder irgend ein vollgefressener Wanst zunutze gemacht und wirft die Krüppel rücksichtslos auf die Straße. Gesetzlich ist keine Handhabe gegen diese Maßnahme vorhanden. Nur einen Umstand müssen die Schwerverletzten beachten, nämlich, jeder Arbeitgeber muß bei 100 Arbeitern 2 Schwerverletzte beschäftigen, darüber hinaus auf je 100 Arbeiter einen Schwerverletzten. Dies ist genau zu verfolgen. Den Kriegsverletzten steht der Kriegsinvalidenverband und die Kriegsverletztenfürsorge zur Verteidigung bei, den Werksinvaliden dagegen der Betriebsrat.

Kaffee statt Maggi. Schmuggler boten in verschiedenen Haushalten Originalflaschen mit Maggiwürze an. Die Käufer sind insofern hereingefallen, als die Flaschen schwarzen Kaffee enthielten. Der Polizei gelang es, die Betrüger zu fassen.

Wichtiger Auszug aus den neuen polnischen Meldebestimmungen

In welcher Weise sind An- und Abmeldungen vorzunehmen?

In Zusammenhang, bezüglich des neuen Meldeverfahrens in der gesamten Republik Polen, gibt der Kattowitzer Magistrat einen Auszug dieser Vorschriften bekannt, der von besonderer Wichtigkeit ist. Es handelt sich hierbei um die eigentlichen Anweisungen, in welcher Art die An- und Abmeldung vor sich zu gehen hat. Wenngleich nach, wie vor, darauf hingewiesen werden muß, daß in dem ehemals preußischen Gebiet bereits ein vorzügliches Meldeverfahren existiert, so halten wir es doch für notwendig, die Meldepflichtigen mit den neuen Bestimmungen vertraut zu machen, da Zuwiderhandlungen angeblich schwer bestraft werden. Die neuen Vorschriften besagen folgendes:

Jede Person, welche in irgendeiner Ortschaft

länger als 24 Stunden verweilt,

ist verpflichtet, die Anmeldung vor Ablauf dieser Frist vorzunehmen. Solche Einwohner, die aus dem alten Wohnort verziehen und sich an einem anderen Orte seßhaft machen, oder aber in eine andere Wohnung ziehen, selbst, wenn es sich um die gleiche Ortschaft handelt, sind

innerhalb 48 Stunden

abzumelden.

Solche Personen, die in Hotels, Pensionaten, in Fremdenheimen und sonstigen Anstalten, die für die Aufnahme von Wohnungssuchenden bestimmt sind, verweilen, sollen innerhalb 24 Stunden, sowohl angemeldet, als auch abgemeldet werden.

Der Meldepflichtige muß auch weiterhin sämtliche eintretende Aenderungen, innerhalb der Familie (Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle), zur Anmeldung bringen.

Die Anmeldung der Minderjährigen hat durch das Familienoberhaupt zu erfolgen.

Militärpflichtige Personen, daß heißt, Personen, die den allgemeinen Militärvorschriften unterliegen müssen die An- und Abmeldungen in gleicher Weise vornehmen. Ueberdies aber haben diese Personen noch besondere Pflichten und zwar laut den Bestimmungen des Militärgesetzes.

Ausländer müssen gleichfalls, neben den allgemeinen Meldebestimmungen, noch den weiteren, für Ausländer, maßgebenden Vorschriften nachkommen.

Der Meldepflichtige, bezw. Wohnungsinhaber hat für sich, sowie die Familienangehörigen oder Untermieter beim Hausbesitzer oder dessen Vertreter die vorgeschriebenen An- oder Abmeldeformulare anzufordern und hierfür eine kleine Gebühr zu entrichten, da der Hausbesitzer, der diese Formulare beim Magistrat entgegennimmt, hierfür gleichfalls einen Betrag (pro Formular angeblich 5 Groschen), entrichten muß. Diese Formulare, die der Meldepflichtige entgegennimmt, müssen sorgfältig ausgefüllt und dann unterschrieben werden, worauf die Rückgabe an den Hausbesitzer oder dessen Bevollmächtigten zu erfolgen hat. Der Hausbesitzer bezw. Hausmeister besitzt nicht nur das Recht, sondern ist sogar verpflichtet, von dem Meldepflichtigen entsprechende Personaldokumente zur Einsichtnahme anzufordern, um sich davon zu überzeugen, daß die Listenausfüllung in korrekter Weise vor sich gegangen ist. Besonders wichtig ist, im Zusammenhang damit, noch darauf hinzuweisen, daß ein derartiges An- bezw. Abmeldeformular für jede einzelne Person gesondert ausgestellt werden muß. Die korrekt ausgefüllten Formulare müssen dann vom Hausbesitzer unterzeichnet und danach beim Magistrat, Abteilung Meldewesen, abgeliefert werden. Dortselbst werden die Meldeformulare in die Kartothek eingereiht und erfüllen gleichzeitig den Zweck der Registrierkarten. Die gewöhnlichen Meldeformulare sind weiß, während für Ausländer blaue Formulare vorgesehen sind.

Das Meldeverfahren in Hotels und anderen Unterkunftsstätten ist ein anderes. Hierüber soll zu gegebener Zeit noch berichtet werden.

Seitens des Magistrats wird schließlich darauf hingewiesen, daß diejenigen Personen, welche die vorgeschriebenen Formalitäten bei dem neuen Meldeverfahren nicht beachten, eine

Geldstrafe bis zu 2000 Zloty oder gar eine Freiheitsstrafe bis zu 4 Wochen Arrest

zugewärtigen haben.

Personen, welche wissentlich falsche Angaben machen, bezw. hierbei Beihilfe leisten, dann Personen, welche wichtige Einzelheiten die zwecks Eintragung in die Meldebücher notwendig sind, verschweigen, drohen Freiheitsstrafen bis zu 1 Jahr Gefängnis oder aber eine Geldstrafe bis zu 10 000 Zloty. y.

Myslowitz

Die Salesianer klopfen an.

Der Erziehungsorden der Salesianer hat bekanntlich in Myslowitz das große Grundstück an der ulica Powstancow, woselbst sich die Schneidersche Spinnerei befindet, die aber seit vielen Jahren nicht mehr im Betrieb war, käuflich erworben, um in Myslowitz eine Erziehungsanstalt zu eröffnen. Diese Tatsache kündigen die Salesianer den Myslowitzern und insbesondere der Myslowitzer Stadtverwaltung in einem besonderen Flugblatt an. In dem Flugblatt wird gesagt, daß Myslowitz deshalb gewählt wurde, weil der Primasbischof Hlond, der in Oswiencim dem Salesianerorden vorstand, Ehrenbürger von Myslowitz ist und die Stadt als seine Heimatgemeinde betrachtet werden kann. Bischof Hlond soll angeblich zu den größten Männern in Polen gehören und daher will man ihm eine Art Ehrendenkmal schaffen und die neue Erziehungsanstalt auf seinen Namen taufen. Jede Ehre kostet Geld, und nach dem die Myslowitzer mit dem „Ehrendenkmal" für ihren Ehrenbürger Hlond geehrt wurden, so müssen sie die Ehre auch entsprechend bezahlen. Das wird ihnen nicht erspart werden. Die Salesianer sagen in ihrem Flugblatt, daß die Stadt Posen für eine Erziehungsanstalt in Posen 100 000 Zloty spendierte und die Stadt Lodz hat 200 000 Zloty spendiert, Warschau desgleichen. Die Beträge wurden deshalb angeführt, damit die Stadt Myslowitz informiert ist, was sie zu geben hat. Dann ergeht an die Stadtverwaltung die Mahnung, den Betrag sofort in den diesjährigen Haushaltsplan einzusetzen. Die Sprache ist sehr deutlich und kann gar nicht mißverstanden werden. Man wird also in den Steuersäckel greifen und einen hohen Betrag geben müssen. Gleichzeitig ergeht auch an die Myslowitzer eine ernste Mahnung mit dem Geld nicht zu knausern, sondern den Geldbeutel weit aufzureißen. Die „Ziegelsteine" sind von 50 Groschen bis 500 Zloty zu haben und wer einen „Ziegelstein" von mindestens 300 Zloty erwirbt, dem sein Namen wird auf einer besonderen Tafel angekreidet. Die Schulkinder sollen selbstverständlich auch dazu beisteuern. Schon am 2. Februar wird die neue Kapelle eingeweiht. Die Erziehungsanstalt wird erst geschaffen, wenn wir das Geld dazu hergeben werden.

Gewiß brauchen wir Erziehungsanstalten, denn daran hapert es in Polen. Ob das aber solche sein müssen, die von einem Orden geleitet werden, das ist eine andere Frage. Erziehungsanstalten sollte der Staat einrichten und sie neuzeitlich und modern ausgestalten, denn das ist Pflicht des Staates. In dem klerikalen Polen überläßt man die Erziehung der hl. Kirche.

Am Sonntag wird gewählt. Der letzte Versuch die Opposition mit den Sanatoren in Rosdzin-Schoppinitz zu einem Block zusammenzuschweißen ist mißlungen. Die Wahlen finden trotzalledem statt. Jede deutsche Arbeiterstimme ist von Wichtigkeit. Jede Stimme, die auf die aufsdeutsche Liste Nr. 12, die eine verkappte Sanacjaliste fällt, ist verloren. Für die Gemeindevertreterwahl in Rosdzin-Schoppinitz gibt es nur eine deutsche Liste: die Liste der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen mit der Nr. 1 Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Wahlzwang besteht und daß die Wahl geheim ist. Gewählt wird von 8 Uhr früh bis 6½ Uhr abends, in den bekannten Wahllokalen, wie bei den letzten Sejm- und Senatswahlen. Es geht um die Aenderung des Systems auch in der Kommune. Kein deutscher Arbeiter darf an der Wahlurne mit Gleichgültigkeit vorbei gehen.

Er gab in Oberschlesien „Gastrollen". In den Morgenstunden des gestrigen Donnerstag wurde nach vorherigem Einschlagen einer Fensterscheibe in das Herrenkonfektionsgeschäft des Inhabers Josef Gesang auf der ul. Bytomska 4 ein Einbruch verübt. Der Täter stahl dort eine Menge Herrenartikel und wollte mit dem Diebesgut unerkannt verschwinden. Der Einbrecher hatte jedoch diesmal wenig Glück, da er von einer Polizeipatrouille angehalten und arretiert werden konnte. Bei dem Einbrecher handelt es sich um den 22jährigen Jan Kostorek aus Warschau. x.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Ein Räuber vor Gericht.

Im Sommer vorigen Jahres trieb ein Wegelagerer in der Gegend von Schwientochlowitz sein Unwesen, hielt auf abgelegenen Feldwegen alleingehende Personen an und verlangte unter Bedrohung mit dem Revolver die Herausgabe des Geldes. So hatte er u. a. auf dem Feldwege nach Schwientochlowitz einen gewissen Stanislaus Lies mit den Worten angehalten: „Geld her, oder ich erschieße dich wie einen Hund." Als sich der Mann durch die Flucht zu entziehen versuchte, wurde er mit drei Schüssen bedacht, wovon ihn einer traf und schwer verwundete. L. mußte auf Grund dessen mehrere Monate im Krankenhaus zubringen. In einem anderen Falle bedrohte er einen gewissen Wilhelm Pogarga mit der Schußwaffe. Bei einem Ueberfall auf einen Feldwächter wurde er von der Polizei festgenommen.

Wegen dieser Fälle hatte sich der Täter, Roman Smietzek aus Schwientochlowitz, vor der Strafkammer in Königshütte zu verantworten. Er war früher Feuerwehrmann auf der Deutschlandgrube, wurde wegen verschiedener Vergehen entlassen und geriet dann nach und nach auf die schiefe Bahn. Der Angeklagte versuchte die ihm zur Last gelegten Verbrechen abzustreiten, anderseits erkannten die vernommenen Zeugen S. als den Täter wieder. Der Staatsanwalt beantragte nach der Ueberführung und Beweisaufnahme für den Angeklagten für die verübten Raubüberfälle 2 Jahre und für einen versuchten Totschlag 1 Jahr Zuchthaus, wiederum für unberechtigtes Waffentragen 6 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt begründete die hohen Strafen damit, weil es sich um einen Menschen handelt, der leichtsinniger Weise Menschenleben aufs Spiel setzte bezw. sie umzubringen versuchte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu insgesamt 18 Monaten Gefängnis. m.

Hohenlinde. (Betriebsratswahlen in der Hubertushütte.) Am 28. 1. 31. fanden die Wahlen zum Arbeiterrat statt. Eingereicht waren 6 Listen. Die Liste Nr. 1 der Federacja Pracy erhielt 184 Stimmen und 2 Mandate. Die Liste Nr. 2 der „Hirsche" erhielt 60 Stimmen und kein Mandat. Die Liste Nr. 3 des Chrzescijanskie Zjednoczenie Zawodowe (Muschiolrichtung) erhielt 262 Stimmen und 2 Mandate und den Ergänzungsmann. Die Liste Nr. 4 der vereinigten polnischen und deutschen freien Gewerkschaften erhielt 369 Stimmen und 4 Mandate. Die Liste Nr. 5 der Deutschen Christlichen Gewerkschaft (Jankowskirichtung) erhielt 68 Stimmen und kein Mandat. Die Liste Nr. 6 des Zjednoczenie Zawodowe Polskie erhielt 89 Stimmen und 1 Mandat. Eine 7. Liste, deren Einreichung beabsichtigt war, ist nicht eingegangen, weil deren Spitzenkandidat Schoska als Verwalter der Arbeitersterbekasse dieselbe in Grund und Boden gewirtschaftet hat und daher kompromittiert ist. Dieser Arbeiterführer hat aus der Kasse in vielen Fällen Darlehen gewährt, deren Eintreibung jetzt mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es sind auch Fälschungen von Quittungen vorgekommen. Also Herr Staatsanwalt, Sie haben hier ein dankbares Betätigungsfeld. Auch wird es Sache der neu gewählten Arbeitervertretung sein, die Sterbekasse zu „sanieren". Am 29. 1. 31. fanden die Wahlen zum Angestelltenrat statt. Eingereicht waren 2 Listen. Die Liste Nr. 1 des Z. Z. P. erhielt 30 Stimmen und 2 Mandate. Die Liste Nr. 2 des Afabundes erhielt 68 Stimmen und 4 Mandate und den Ergänzungsmann. Leider ist die Liste Nr. 2 durch die Lauheit der Wähler um ein sicheres Mandat gebracht worden, da von 120 Wahlberechtigten nur 98 Angestellte gewählt haben. Diejenigen „Herren", die früher einmal bei jeder nur möglichen Gelegenheit stolz verkündet haben," wir dürfen nicht eher ruhen bis der letzte . . . . . . ausgerottet ist, machen jetzt immer von dem Recht der Wahlenthaltung Gebrauch. Das scheint uns ein bißchen übersteigerte Vorsicht zu sein. Wir kritisieren nicht etwa den wandelbaren Nationalismus dieser Herren, denn Nationalisten sind schon immer Gummimänner gewesen. Früher, ja da war es eine schöne und nicht undankbare Angelegenheit, eine gewisse Ueberzeugung öffentlich zur Schau zu tragen. Aber jetzt, nein, man kann nicht wissen! Früher zeigte man sich dem erstaunten Volke als belichteter Stern in düsterer Wolke. Man ist jetzt eben etwas bescheidener. Dem Funktionär des Z. Z. P. können wir nur den guten Rat geben, die Zugehörigkeit zu diesem Verbande nicht mit der Unmöglichkeit einer Stellungskündigung zu verbinden. Es könnte vielleicht einmal nicht stimmen.

Bielitz und Umgebung

Skifahrers Freuden und Leiden.

Es ist oft erstaunlich, mit welcher Sorglosigkeit Skifahrer zu Hause ihr Krämchen zusammensuchen und damit in die Berge zum Wintersport ziehen. Haben sie dort Betriebsunfall, dann fehlt es an allen Enden. Und wie unverhofft gibt es Skibruch — Fachbenennung: Spitzensalat —, die Bindung reißt bei einem unglücklichen Sturz oder wurde durch scharfen Harsch am Stemmloch durchgescheuert, oder sie paßt nicht mehr und es müssen zum enger oder weiter schnallen neue Löcher in die festen Riemen gestochen werden. Dann stehen die Unglücksraben da, haben weder Taschenmesser, noch Draht oder Bindfaden und ärgern sich, weil der ganze Tag versaut ist. Passiert das in stark besuchten Wintersportgegenden, mag es außer dem Aerger und einem beschwerlichen Fußmarsch zur nächsten Hilfestelle noch gut gehen. Dagegen steht in einsameren Gegenden, im Hochgebirge das Leben des Betroffenen auf dem Spiel. Nur wer selbst schon in tiefem Schnee stundenlang gestapft ist, weiß, wie unheimlich ermüdend das wirkt. Während einer Ruhepause übermannt den Müden sehr leicht der Schlaf, und ohne Gegenwehr rafft die Kälte den Armen aus den Reihen der Lebenden. Die Zeitungen wissen von solchen Fällen fast täglich zu berichten. Wer im Hochgebirge Skitouren macht muß neben den schon genannten Hilfsmitteln eine Ersatzskispitze aus Leichtmetall oder eine Leichtmetallklemme zum Zusammenfügen der gebrochenen Skiteile bei sich führen.

Noch weniger Sorgen machen sich die meisten Skifahrer um das Verbandszeug. Abends sitzen sie dann in den Quartieren, sehn sich mit bedenklichen Gesichtern die aufgeriebenen Füße an u haben anderen Tags beim Fahren ihre Qual. Bei aufgeriebenen Füßen und Blasen bleibt es nicht. Da gibt es durch Ueberanstrengung oder Sturz Sehnenzerrungen und Verstauchungen an den Fuß- und Handgelenken und nichts ist da, um die Auswirkungen zu lindern. Skifahrer müssen eine dehnbare Binde und aufklebbares Verbandszeug für Wunden (Schnellverband Hansaplast oder Traumplast immer bei sich führen.

Die Aufzählung all dessen, was beim Skifahren an Widerwärtigkeiten möglich ist und wogegen vorgebeugt und was gemildert werden soll, vermag dem weißen Sport nie und nimmer Abbruch zu tun. Die vorstehend angeführten Unannehmlichkeiten und Gefahren gibt es in dieser oder anderen Art bei jeder sportlichen Betätigung. Nur muß sich der Wintersportler, weil er bei der Ausübung seines Sportes oft allein und von den Hilfstellen weit entfernt ist, selbst mit den nötigen Hilfsmitteln ausrüsten. Es ist das erhebenste Gefühl, mit möglichster Sicherheit auf den Brettern Höhen und Täler zu durchstreifen und an den Hängen seine Linien zu ziehen.

Achtung organisierte arbeitslose Metallarbeiter von Bielsko und Umgebung! Alle organisierten arbeitslosen Metallarbeiter, welche vom Arbeitslosenfonds bereits ausgesteuert sind und ihre Unterstützung vom Verband der Metallarbeiter bereits erschöpft haben, jedoch die Weihnachtsspende der Ortsgruppe der Metallarbeiter in Bielsko nicht erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, sich im Sekretariat der Metallarbeiter in Bielsko bis zum 15. Februar l. Js. zu melden, damit auch ihnen diese Spende ausgezahlt werden kann. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt werden können.

Der Vorstand der Ortsgruppe Bielsko.

Vom Arbeiterkonsumverein in Bielitz. Die P. T. Mitglieder werden auf das heutige Inserat betreffs Eröffnung einer Fleischerei in Bielsko, ul. Sobieskiego (Josefstraße) Nr. 4, aufmerksam gemacht. Der Vorstand hofft, daß auch dieser neue, wichtige genossenschaftliche Produktionszweig allgemeine Zustimmung und Förderung seitens der Mitglieder, finden wird. **Genossenschafter! Fördert die genossenschaftliche Eigenproduktion!**

Achtung! Die Nummer 5 des „Kuckuck" ist erschienen und kann in der Redaktion abgeholt werden.

Wer kennt die unnatürliche Mutter? In einer Ortschaft im Kreise wurde von Arbeitern eine etwa 3 Monate alte Kindesleiche aufgefunden. Das tote Kind wurde in der Leichenhalle des Friedhofs aufgebahrt und zur Disposition der Gerichtsbehörde gestellt. Die Polizei hat energische Schritte eingeleitet, um der unnatürlichen Mutter habhaft zu werden. x.

Biala. (Kundmachung.) Vom Magistrat wird hiermit bekannt gegeben, daß die Preisprüfungskommission (Mehlsektion) folgende Preise für Gebäck festgesetzt hat: 1 Kilogramm Kornbrot bei 70 prozentiger Ausmahlung im detail 36 Groschen, en gros 34 Groschen, 1 Kilogramm Kornbrot bei 80 prozentiger Ausmahlung im detail 34 Groschen, en gros 32 Groschen. Die Preise gelten ab 27. Jänner 1931. Die Uebertretung obiger Preise wird nach den gesetzlichen Bestimmungen streng bestraft.

Teschen. (Versuchter Selbstmord.) In einem Lokal auf der ulica Sejmowa versuchte die F. M. aus Teschen Selbstmord zu begehen, indem sie Salzsäure einnahm. Mittels Auto der Rettungsstation wurde die Lebensmüde nach dem Schlesischen Spital überführt. Wie es heißt, sollen die Verletzungen der M. lebensgefährlich sein. Das Motiv zur Tat ist z. Zt. unbekannt. x

Die Schulbücher sind unhygienisch. Professor W. Gadzkiewicz vom Hygienischen Institut an der Krakauer Universität kommt auf Grund seiner Forschungen zu neuen interessanten Forderungen in bezug auf den Schulunterricht. Seiner Ansicht nach müßten die Schulbücher vom Standpunkt der Hygiene aus weiße Buchstaben auf schwarzem Grund haben und nicht umgekehrt. Schrägstehende Schrift sollte aus den Schulbüchern ausgemerzt werden, denn sie fördert Rückgratsverkrümmungen. Die Kinder sollten darum nur senkrecht stehende Buchstaben schreiben lernen.

Theater und K nst

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) zum erstenmal: „Skandal im Savoy", Spiel in 3 Akten von Viktor Kelemen. — Deutsch von Siegfried Geyer.

Pressestimmen: „Berliner Börsenzeitung", 17. 5. 1930: Ein ehrlicher und sehr starker und wohlverdienter Erfolg. Fix und flott, gefällig und belustigend — so gleitet das mit Verve übermittelte Spiel dahin. Viktor Kelemen . . . mit leichter Hand streut er die Szenen hin, einen guten Einfall unbekümmert ausbauend. Nach all den umständlichen und ein wenig schwerfälligen Gesellschafts-Lustspielen englischer Provenienz ist dieses behende, französische Spiel des ungarischen Schriftstellers willkommen. .... hält man sich an die gebotene Möglichkeit eines vergnüglichen Abends.

„Temps", 17. 5. 1930: Man lacht. Alle ernteten Beifall und Gelächter.

„12-Uhr-Blatt", 17. 5. 1930: Das lustige Spiel des Ungarn Viktor Kelemen . . . Es ist leicht und gefällig . . . es besitzt ausgezeichnete Schauspielerrollen . . .

„B. Z. am Mittag", 17. 5. 1930: Ergebnis: Ein Dutzend Hervorrufe, denen auch der junge Verfasser folgt, der auf den Namen Viktor Kelemen hört . . . Erfolg. Regie: Hanns Kurth.

Samstag, den 31. d. Mts., abends 8 Uhr, außer Abonnement: „Der dreizehnte Stuhl", das spannende Sensationsstück in 4 Akten von Bayard Veiller.

Infolge der starken Nachfrage wird Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Der keusche Lebemann" von Arnold und Bach **zum unbedingt letzten Male wiederholt. Plätze rechtzeitig bestellen. Nachmittagspreise!**

Sonntag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, außer Abonnement: „Marguerite: 3", Lustspiel in 3 Akten von Frietz Schwiefert. — **Das entzückendste aller Lustspiele, von Presse und Publikum stürmisch bejubelte Aufführung.**

Armenfürsorge im alten Bielitz

Man sollte eigentlich unsere Bielitzer Vergangenheit viel sorgfältiger studieren und sollte eigentlich das Material unserer Archive zu wertvolleren Zielen zu verwenden wissen, als zur Füllung der Unterhaltungsbeilage in den Sonntagsblättern.

Eine tief Erkenntnis soziologischer Zusammenhänge erschließt uns das Lesen alter Akten. Ein besonders anziehendes Kapitel bildet jenes verstaubte Aktenbündel, welches die Aufschrift „Armenwesen der Stadt Bielitz" trägt. Es reicht gar nicht weit zurück. Bis zum Jahre 1863. Es erzählt uns also nichts vom Armenwesen der vorkapitalistischen Zeit. Auch nur wenig von der Zeit der ausschließlich geistlichen Bevormundung der Armen in der Stadt und den umliegenden Dörfern. Aber man findet darin manchen Hinweis auf die älteren Quellen und vielleicht wird es trotz des eng bemessenen Druckraumes unserer Zeitung gelingen, unseren Lesern auch diese wertvollen Quellen zu erschließen.

Die Zeit um 1863 ist durch den beginnenden Niedergang der Hausindustrie und die plötzliche Verarmung bedeutender Teile der damals werktätigen Bevölkerung charakterisiert. Das Heimatsgesetz war noch nicht gültig. Also eine gesetzliche Verpflichtung zur Armenfürsorge gab es nicht. Dementsprechend war der „Armenfonds" durch freiwillige Beiträge geschaffen und erhalten worden. In der Gemeindestube saßen fast ausschließlich Patrizier, also Fabrikanten und Großwollhändler. Die freiwilligen Armenbeiträge wurden lange Zeit wie eine Steuer eingehoben. Als in der Sitzung vom 24. 9. 1963 Gemeinderat Karl Hoinkes einen Bericht der Armensektion in Absicht auf die Hebung der Armenfondseinnahmen erstattet hatte, beschloß die Gemeinderepräsentanz die Eröffnung einer neuen Subskription unter Leitung und Durchführung des Bürgermeisters Sennewaldt, gemeinschaftlich mit den Mitgliedern der Armensektion, wobei auch die sämtlichen Ausschußmitglieder mitzuwirken hatten. Hierbei wurde der vom Ausschußmitgliede Benjamin Holländer gestellte Antrag, „daß bei dieser Subskription rücksichtlich der zu leistenden Beiträge der Census nach den bestehenden Wahlkörpern, und zwar beim 1. mit 12 fl., 2. mit 6 fl., 3. mit 3 fl. ö. W. usw. beobachtet, und in dieser Höhe bei den einzelnen Subskribenten angestrebt werde, zur versuchsweisen Durchführung bei der vorgenommenen Abstimmung durch Stimmenmajorität zum Beschluß erhoben". In der Sitzung vom 23. 11. 1863 teilte der Bürgermeister die Erfolge der für das Armeninstitut nach der beschlossenen Norm bisher stattgefundenen Subskriptionen mit und brachte vor, daß der größte Teil von den behufs Beteiligung an der Subskription in das Gemeindeamt vorgeladenen Bürgern der Vorladung keine Folge geleistet hat. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, daß die betreffenden „Herren Renitenten" zu dem angeführten Zwecke durch den Herrn Bürgermeister nochmals, und zwar unter Androhung einer Geldstrafe von 10 fl. ö. W. vorzuladen seien.

In der Sitzung vom 24. 6. 1864 sah sich Bürgermeister Sennewaldt zu der Erklärung veranlaßt, „daß der in Folge eines Ausschußbeschlusses gemachte Versuch, den nöthigen Bedarf zur Unterstützung der hiesigen Armen im Wege einer Subskription nach Klassen der Steuerleistung aufzubringen, sich als unausführbar erwiesen habe, weshalb diese so wichtige Angelegenheit einer neuen Berathung zu unterziehen sei".

Als es zur neuerlichen Beratung dieser so wichtigen Angelegenheit kam, waren 28 Jahre vergangen.

In der Sitzung vom 7. Dezember 1892 teilte Bürgermeister Steffan mit, daß die Einhebung der freiwilligen Armenbeiträge immer schlechtere Resultate zeitige und daß die gemachten Erfahrungen dazu drängen, die gesamten Kosten der Armenpflege auf die Steuer umzulegen. In dem Bericht heißt es ferner:

„Die Beiträge wurden nähmlich vielfach verringert oder gänzlich verweigert, zumal von jenen Malcontenten, welche im Laufe des Jahres eine Strafe für den Armenfond zu zahlen verhalten worden waren und sich bei der Zahlung der Armenbeiträge zum Verdrusse des Bürgermeisters schadlos stellen wollten.

Diese und andere unliebsame Vorfälle, insbesondere aber die auffallende Verminderung der Höhe der Beiträge und die hohe Steigerung der Kosten der Armenpflege bestimmten den Gemeinderath, das Armenerfordernis ab 1. Jänner 1893 auf den Steuergulden umzulegen . . ."

So kam es zur Reformierung der Armenpflege. Aus dem zwangslosen „Weiterwursteln" mit unzulänglichen freiwilligen Beiträgen entstand die zwangsmäßige Einführung eines Armenbudgets im ordentlichen Haushalt der Gemeinde. In der Sitzung vom 29. 11. 1894 wurden auch zum ersten Male Armenräte ernannt. Allerdings wurden damals noch die Frauen von diesem Ehrenamte ausgeschlossen, weil einige Gemeinderäte das Bedenken äußerten, die Frauen könnten in ihrer Weichherzigkeit zu weit gehen und könnten dadurch der Gemeinde untragbare Kosten verursachen.

Das im Jahre 1894 nach Elberfelder Muster eingeführte System besteht in der Stadt Bielitz bis auf den heutigen Tag. Es ist schon in hohem Maße reformbedürftig. Eingeleitet wurde die Reform durch die Umbenennung des Armenamtes in Fürsorgeamt und des Titels „Armenrat" in „Fürsorgerat". Tiefer vermochte bisher in Bielitz die neuzeitliche Auffassung von sozialer Fürsorge nicht einzudringen.

Wir wollen in einem nächsten Artikel etwas über die Geschichte des Bielitzer Altersversorgungshauses und auch des Obdachlosenasyls berichten.

Der Aufstieg des „Populaire"

Von Josef Diner-Denes (Paris).

Nach der Spaltung der französischen sozialistischen Partei in Tours im Jahre 1920, als von den 180 000 Mitgliedern mehr als zwei Drittel zu den Kommunisten übergingen und diese Riesenmajorität auch die Jauressche „Humanitee" mit sich hinübernahm, war das erste, woran die kleine, aber mutige, bei der alten Partei verbliebene Garde dachte: Ein Blatt!

Man hatte nichts als den während des Krieges als Abendblatt gegründeten kleinen „Populaire". Doch ach, woher die Abonnenten für ihn nehmen? Mitglieder, eingeschriebene und zahlende, waren in der Partei eine Seltenheit. Von den zwanzigtausend bis dreißigtausend, die nicht zum Kommunismus übergingen, war der größte Teil verschüchtert und passiv, und die stärkste und aktivste Gruppe, jene von Paris, die eigentliche Trägerin der französischen sozialistischen Partei, zählte damals und noch lange Jahre danach nicht mehr als dreitausend, sage dreitausend Mitglieder. Und auf ebenso viele Abonnenten brachte es auch der „Populaire", während der Einzelverschleiß gleich Null war. Klein im Format, mit wenig Papier und weniger Nachrichten war der „Kleine Populaire", wie man ihn nannte, ein sehr gutes sozialistisches Blatt, aber eine sehr schlechte Tageszeitung. So mußte man denn aller Opferwilligkeit zum Trotz drei Wochen nach dem vielbejubelten Wahlsieg vom 11. Mai 1924, nämlich am 1. Juni, den „Kleinen Populaire" einstellen.

Das Unglaubliche war Wirklichkeit geworden. Eine Partei mit fast hundert Vertretern im Parlament war und blieb zweieinhalb Jahre ohne eigene Zeitung. Dabei wuchs die Partei. Jeden Augenblick wurden neue Sektionen gegründet. Von den Kommunisten flüchteten allmählich viele, sehr viele zurück zur gastfreien, alten Partei, und immer dringender wurde das Verlangen nach einem in Paris erscheinenden Zentralorgan. Am 20. Jänner 1927 erschien auch tatsächlich die erste Nummer des wiedererweckten „Populaire".

Diese Neugründung war ein kühnes Husarenstücklein. Ich war dabei und bin seither Mitarbeiter des „Populaire"; aber so opferbereit auch, von Leon Blum angefangen, alle Mitglieder des neuen Blattes waren, ohne den Wagemut und das bei aller Ueberlegtheit jugendlichen Sturmtemperaments unseres Chefadministrators Compere-Morel, das keinerlei Schwierigkeit fürchtete und alle Welt, selbst die größten Skeptiker mit sich zu reißen verstand, wäre der neue „Populaire" längst schon seinem Vorgänger in die Vergessenheit nachgewandert.

42 000 Franken (7000 Mark) und etwas mehr als 15 000 Abonnenten, das war die Morgengabe, mit der der zweite „Populaire" seinen Weg antrat. Und es war wie vor Jahren. Kleines Format, wenig Papier, wenig Nachrichten, ein ausgezeichnetes sozialistisches Blatt, aber eine sehr schlechte Tageszeitung, der Einzelverschleiß fast null, die Zahl der Abonnenten klein, immer kleiner. So kam der Spätsommer 1927, und alle, alle, Parteileitung, Organisationen, Redaktion sahen nur eine Möglichkeit, den drohenden Bankrott abzuwenden: das Erscheinen des „Populaire" einzustellen.

Doch das hieß die Rechnung ohne Compere-Morel machen. Einstellen? Ach, Unsinn! Vergrößern und verbessern werden wir das Blatt, aus dem „kleinen" einen „großen" „Populaire" machen und dann ist der Sieg gewiß. Denn die Zeit ist mit uns!

Und über alle Bedenken, Zweifel, Aengstlichkeiten hinweg, siegte auch diesmal wieder das jugendliche Sturmtemperament des nun hoch in den Sechzigern befindlichen Compere-Morel, und alles geschah, wie er wollte.

Die Zeit war mit uns. Er hatte es richtig gesehen. So wurde das Unmögliche möglich. Daß einzelne Parteimitglieder Opfer brachten, war, wie anderswo, auch in Frankreich etwas Alltägliches. Aber von der Masse der Parteimitglieder Opfer fordern, das war hier neu und schien gänzlich aussichtslos. Doch Compere-Morel wagte es. Und wieder gab der Erfolg ihm recht. Erst forderte er zu einer Sammlung für den „Populaire" auf. Die Kenner lächelten — doch Compere-Morel siegte. Innerhalb weniger Monate waren 800 000 Franken beisammen. Nun schien alles möglich. Er verlangte eine Sondersteuer für den „Populaire" von jedem Parteimitglied, als Zuschlag zum Parteibeitrag. Nun wurde nicht mehr gelächelt, sondern sogar schon gemurrt. Aber drei Monate später war die „Steuer" bewilligt. Nun wollte er ein eigenes Haus für den „Populaire" und die Partei. Und wieder siegte er: fast eine Million ging an Spenden ein für das Parteihaus. Nun wollte er auch Abonnenten für das Blatt. Das aber ist in Frankreich eine schwierige Nuß, weil man hier an die Straßenkolportage gewohnt ist. Für den „Populaire" aber waren Abonnenten eine Lebensfrage, weil bei dem billigen Preis von 30 Centimes (fünf Pfennig) der Einzelverschleiß in Paris nur gerade die Kosten deckt, jedes in der Provinz verkaufte Exemplar aber sogar Verlust bringt. Und auch hier blieb Compere-Morel der Erfolg treu. Fast überall wurden auf seine Anregung Preßkomitees gegründet, die eifrig für das Blatt und die Partei Propaganda machen, und heute hat der „Populaire" schon mehr als fünfunddreißigtausend Abonnenten, einen Einzelverkauf von etwa hunderttausend Exemplaren und ist so förmlich über Nacht, in die Reihe der großen französischen Blätter eingerückt.

Vor wenigen Tagen wurde dieser Aufstieg im Rahmen eines großen künstlerischen Abends gefeiert. Tausende waren gekommen, die Begeisterung war groß und ihr eigentlicher Mittelpunkt, mit vollem Recht, Compere-Morel.

Die Gegner, mit der kommunistischen „Humanitee" an der Spitze, versuchten anfangs mit Verleumdungen dem Siegeszug Hindernisse zu bereiten. Aber der Aufstieg ist nicht mehr wegzuleugnen — und ein neuerlicher großer Sieg bei den Wahlen im Frühjahr 1932 soll ihn krönen!

Jugend-Beilage

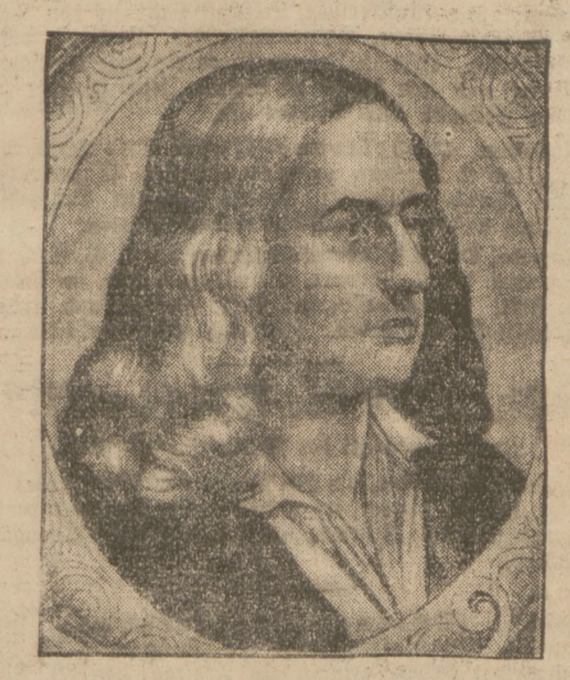
Adalbert von Chamisso

Zum 150. Geburtstag am 30. Januar 1931.

„Gestrebet hab' ich und gehofft ins Blaue,
Und gar am Ende wenig nur erzielt!“

So zieht ein Dichter die Bilanz seines Lebens und zeichnet sich gerade durch seine übergroße Bescheidenheit in der einnehmendsten Weise aus: Adalbert von Chamisso war es, der so in seinem Gedicht an seinen alten Freund Peter Schlemihl von sich berichtete und dabei ein gut Teil Resignation verriet. Wir Deutschen dürfen uns glücklich schätzen, da wir den deutsch gewordenen Louis Charles Adelaide de Chamisso zu einem unserer besten Poeten zählen können, der noch heute aufs deutsche Gemüt wirkt und namentlich den deutschen Frauen ans Herz gewachs'n ist.

Drei Gaben des Geistes wußte Chamisso mit gleicher Meisterschaft in Werte umzumünzen: er war ein Dichter von Rang, ein



Adalbert von Chamisso

Naturforscher von Ruf und ein Sprachgewaltiger von Reife! Trotz eines wechselvollen, oft tragischen und ihn fast aufreibenden Schicksals ließ er niemals seine Fähigkeiten brach liegen; er tat es seiner von ihm verewigten Waschfrau gleich, auch er hat „ausgefüllt mit treuem Fleiß den Kreis, den Gott ihm zugemessen“.

In dem kleinen Dorfe Ante in der Champagne wurde Chamisso am 27. Januar 1781 auf Schloß Boncourt geboren; aber schon neun Jahre später trieb auch ihn und seine Angehörigen nebst zahlreichen adligen Franzosen die Welle der französischen Revolution aus der Heimat in die Fremde. Nach einem bitteren Hin und Her sollte Preußen den Flüchtenden Ruhe und Rast bieten; am Hofe zu Berlin fand er 1796 ein Unterkommen als Edelknabe. Und das wurde für den Knaben die Entscheidung: während seine Eltern und Geschwister nach dem Abflauen des Sturmes sich wieder in die Heimat zurückwagten, blieb er in Deutschland und wurde Deutscher.

Natürlich vollzog sich dieser Umschwung nicht so unmittelbar; Chamisso hatte manchen Zweifel zu ersticken und manchen bösen inneren Konflikt zu überwinden, ehe er sich nicht nur aus Vernunft, sondern mit dem Herzen zum Deutschtum bekannte. Um ein Haar hätte ihn die schimpfliche Kapitulation von Hameln, die er als Secondelieutenant erleben mußte, für immer seiner zweiten Heimat abwendig gemacht; aber treue Freunde gaben ihm Ruhe und Selbstbesinnen wieder, und kein Geringerer als Napoleon selbst hat ihn im Festhalten am Deutschtum bestärkt durch seine unbarmherzige Verfolgung der Frau von Stael, der vertrauten Freundin unseres Dichters. Der Grimm saß so tief in ihm, daß sogar ein vorübergehender Aufenthalt in Frankreich und die Rufe seiner Angehörigen ihn nicht zu bewegen vermochten, Deutschland Valet zu sagen.

Durch alle Niederschriften und Aussprüche Chamissos zieht sich wie ein roter Faden sein Wunsch, populär zu werden, und das hat er erreicht und nicht wenig damit erzielt. Durch seine mannigfachen Uebersetzungen aus allen möglichen Sprachen, von denen am meisten die Uebertragungen aus Berangers Lieder bekannt wurden, schuf er sich schon einen bedeutenden Namen. Es mutet wundersam an, daß er, der spielend fremde Sprachen und sogar Hawaisch lernte, mit unserer Muttersprache erst verhältnismäßig spät fertig wurde. So fand man in seinem Nachlaß als ersten Versuch, ein französisches Trauerspiel in deutscher Sprache nachzudichten, die Bearbeitung des „Grafen von Comminge“, die zwischen 1801 und 1802, also in einem Alter von 21 Jahren, entstanden sein muß. Aber mit dem Augenblick, in dem er die Schwierigkeiten unserer Sprache bewältigt hatte, wurde er zum Meister deutscher Rede.

Wie zart und innig klingen seine Verse aus „Frauen-Liebe und -Leben“, von denen noch heute gern „Seit ich ihn gesehen“ und „Du Ring an meinem Finger“ zitiert werden, wie einfältig-liebevoll seine Sammlung „der Klapperstorch“ mit der Anfangszeile „Was klappert im Hause so laut, horch, horch!“, die er für seine Kinder schrieb — fünf Söhne und zwei Töchter schenkte ihm seine um 20 Jahre jüngere, von ihm leidenschaftlich verehrte Frau Antonie Piaste —, wie lustig sein Zopfgedicht „Tragische Geschichte“ ('s war einer, dem 's zu Herzen ging) und wie besinnlich seine Erinnerung als Greis an die Wiege in der Heimat, an das zerstörte „Schloß Boncourt“.

Als Perlen volkstümlicher Lyrik gelten auch in unseren Tagen „Die alte Waschfrau“ und „Die Sonne bringt es an den Tag“, und geradezu herrlich, wenn auch etwas weniger bekannt, „Die Kreuzschau“, die man als poetische Rückschau seines Werdens und Gewordenseins bezeichnen darf. Neben dem „Armen Heinrich“ hat er noch eine Unmenge Romanzen und Balladen, darunter „Retraite“ und „Matteo Falcone, der Korse“, gespendet; aber den größten Wurf hat er mit dem langen, erzählenden Gedicht „Salas y Gomez“ getan, in dem er mit unvergleichlicher Vollendung die angeblich von Dante erfundenen italienischen Terzinen der deutschen Verskunst einfügte. Er beherrschte eben in den feinsten Feinheiten die deutsche Sprache, wenn er sie auch mündlich nicht ohne fremden Akzent anzuwenden wußte.

Seine „Reise um die Welt“ ist zwar für seine Zeit unerhört bedeutend gewesen, für uns aber nichts mehr als eine Angelegenheit der Pietät; dagegen hat sich munter und frisch sein „Peter Schlemihl“ erhalten, dieser köstliche Mann ohne Schatten, der kein anderer als Chamisso selbst ist mit seiner steten Unruhe und zeitweisen Ziellosigkeit.

Groß und hager, mit langen, bis auf die Schultern herabhängenden Haaren, einem Wohlwollen und Festigkeit verratenden Gesicht, so ersteht er wieder vor uns und so sahen ihn seine zahlreichen und bedeutenden Freunde, wie Hitzig, Varnhagen, Fouque, Gustav Schwab und viele andere.

Große Verdienste erwarb er sich um den Berliner Botanischen Garten und das Herbarium in Schöneberg; aber er mußte, da seine Käfte nachließen, am 4. August 1838 um seinen Abschied einkommen. Bereits am 21. des gleichen Monats schloß er die Augen — sein Feind, der „eine Steinfabrik in seinen Nieren etabliert hatte“, hatte ihn bezwungen.

An Anerkennung hat es ihm zu Lebzeiten nie gefehlt. Nach dem Bezwingen seines Zwiespalts, Franzose oder Deutscher, fand er die innere Ruhe und Kraft, und er hat nie gegeizt, Geist von seinem Geiste zu spenden. Er ist damit in die Reihe der Unsterblichen getreten, und stolz sind wir, diesen genialen Mann als deutschen Dichter bewundern zu dürfen!

Gustav Stange.

Erziehung zum Sozialismus

Gemeinschaftserlebnis — Arbeiterbewegung

Das Los der Jugendlichen von heute ist im wesentlichen immer dasselbe. Schulentlassung, Arbeit, Ausbeutung in Fabrik, Kontor oder Werkstatt, bei dem einen kraß, beim anderen weniger grob und versteckt. Die Seele mit Hoffnungen des Aufstieges erfüllt, treten die jungen Menschen in den Arbeitsprozeß ein. Vor sich sehen sie als leuchtendes Ziel: Betriebsleiter, Geschäftsführer, Prokurist, Beamter, Direktor und den Weg dazu: Arbeit, Arbeit von früh bis spät, Geschäftsinteressen wahrnehmen, sich kräftig auf die anderen stützen, rücksichtslose Ellbogenarbeit, die anderen noch möglichst erniedrigen, um selbst zum Ziel zu gelangen. Gar bald kommt die Ernüchterung. Der Jugendliche, der Lehrling wird auf die Straße geworfen, wenn er aus den Lehrjahren hinaus ist. Er muß dann, wenn er es nicht schon vorher erkannt hat, sehen, daß sein Leben in der Hauptsache nicht von ihm, sondern von viel stärkeren Mächten „reguliert“ wird.

Sein Schicksal ist das der Masse; er wird zu ihr gestoßen. Nicht von allein auf die richtige Stelle: wir müssen werben. Nicht blind an diesen Tragödien vorübergehen, denn wir können diesen Jugendlichen, die erkennen oder besser fühlen mußten, daß sie den Kampf nicht allein zu bestehen vermögen, die Schicksalsgemeinschaft sein.

Zur selben Zeit spielt sich in der Familie ebenfalls ein Zwischenakt ab, der von großer Bedeutung für die Jugendlichen, und darüber hinaus, für die Arbeiterschaft ist. Hineingestellt in die ihm fremde Welt des Erwerbslebens wird der Jugendliche von den neuen gewaltigen Eindrücken ganz gefangengenommen. Sein Interesse an der Arbeit, für Technik und Sport wächst mächtig, häufig bis zu heller Begeisterung. Vater und Mutter denken darüber ganz anders. Keine Abenteurerlust, keine Romantik beherrschen sie.

Das ganze Leben der Jugendlichen ist aber eine Zeitlang ganz mit solcher Begeisterung ausgefüllt. Diese Zeit genügt, um den Jugendlichen, weil außerdem noch die Umwandlung vom Kind zum Manne oder zur Frau in diese Entwicklungsperiode fällt, in Konflikt mit den Eltern zu birngen. Die Eltern sehen oft noch das Kind, während der Jugendliche schon längst nicht zum „kleinen Mann“, sondern zum vollen Mitglied in der menschlichen Gesellschaft herangewachsen ist, ohne gleichzeitig als solches anerkannt zu werden. Im Betrieb, im öffentlichen Leben und in der Familie wird in der Bemessung und Wertschätzung der Leistung des Jugendlichen und des Erwachsenen kein Unterschied gemacht. Nur der Jugendliche an sich wird noch nicht für voll genommen, als „kleiner Erwachsener“ betrachtet, während gerade in dieser Zeit himmelhochjauchzende Ideale und das Gefühl, daß er die Welt zwingen werde, den Jugendlichen erfüllen. Weil er kein Verständnis in der Familie findet, verliert er das Vertrauen zu ihr und wendet sich anderen Kreisen zu. Wir finden solche Jugendlichen dort wieder, wohin sie ihr Drang nach Kameraden, nach Mitfühlenden und gleiches erlebenden Freunden treibt, in der Jugendbewegung. Allerdings viele Jugendliche haben diesen Weg noch nicht gefunden, viele sind noch immer nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß gerade die Jugend es notwendig hat, zusammenzuhalten und gemeinsam zu kämpfen. Immerhin können wir mit Stolz feststellen, daß gerade in den sozialistischen Jugendverbänden der geistig hochstehende und arbeitsfreudige Teil der Jugend zu finden ist.

Die Jugend organisiert sich aus anderen Gründen als die erwachsene Arbeiterschaft. Weniger verstandesgemäß, mehr gefühlsmäßig finden sich Jugendliche zu uns. Die Idee der Gemeinschaft, das Eintreten füreinander spielt bei den Jugendlichen eine große Rolle. Bürgerliche Schulerziehung, verspießerte Familienverhältnisse, die ganze kapitalistische, egoistische Gesellschaft sind nicht in der Lage gewesen, das Gemeinschaftsgefühl auszurotten. Auf diesem Gefühl baut sich unsere sozialistische Erziehungsarbeit auf. Die Kinderfreunde haben ihr Wirken hierauf eingestellt und erzielen damit sehr gute Erfolge, die sogar, wenn auch mit verhaltener Wut, von der bürgerlichen Presse zugegeben werden. Hier erleben die Kinder in den Gruppen-Abenden, bei Fahrten, im Zeltlager ein Stück Gemeinschaft, die vortrefflich unsere Idee verkörpert.

In unseren Jugendgruppen haben wir die schwere Aufgabe, diese Arbeit, die von den Kinderfreunden an Kindern geleistet wird mit Jugendlichen, mit den voll Widersprüchen steckenden jungen Menschen durchzuführen. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz der oben gekennzeichneten Erziehung und Beeinflussung, trotz der Verschiedenheit, die gerade bei Jugendlichen sehr groß ist, haben wir doch Erfolge zu verzeichnen. Die Gemeinsamkeit des Jugendlebens, das Zusammenarbeiten auf freundschaftlicher Basis sind solche vortrefflichen Ergebnisse unserer Arbeit.

Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, ist heute durch unsere Bewegung schon gut möglich. Tut es einer nur um des Wissens willen, nur damit er gescheit wird, so ist das, von unserem Standpunkt aus gesehen, nichts besonders Nützliches; tut er es nur, um sich selbst auf diese Weise zu bereichern, nur um selbst hochzukommen und dabei die anderen in die Tiefe zu drücken, so ist er grober Egoist. Mit einem solchen Menschen können wir nichts anfangen, er ist für Gemeinschaft und Bewegung nichts wert.

Wir brauchen Menschen in der Arbeiterbewegung, ausgerüstet mit den Waffen des Wissens, die sich ganz in den Dienst der proletarischen Gemeinschaft, des Sozialismus stellen. Wir brauchen charaktervolle sozialistische Kämpfer. Unsere SAJ.-Gruppen sind die Schmieden, wo wir zu Schicksalsgemeinschaften zusammengeschmiedet werden, wo wir im Sinne des Sozialismus gemeinsam leben und handeln lernen. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit, um später die großen Aufgaben der sozialistischen Bewegung erfüllen zu können.

Unsere Kameradschaft heißt: Gemeinsame Sache, gemeinsame Arbeit, gemeinsam persönliche Interessen haben, sich gegenseitig helfen und füreinander einstehen.

Unser Gemeinsinn: Sich bewußt sein, daß alles menschliche Handeln nicht nur auf einzelne, sondern auf die Gemeinschaft wirkt. Gemeinsinn schlägt Brücken zu unseren Brüdern in fernen Ländern; Gemeinsinn macht die erdumspannende Internationale möglich.

Unsere Arbeitsfreude: Begeisterung für unser Werk läßt uns hinauswachsen. Freude an der Arbeit, die wir freiwillig tun, läßt diese Arbeit gedeihen. So haben wir unsere Jugendgruppen zur Bewegung gestaltet; so haben wir unsere stolzen Heime, unsere Jugendburgen geschaffen. Dieses Gefühl der Arbeitsfreude beseelt jeden von uns, der aktiv teilnimmt am Jugendleben.

Jugendarbeit und Jugendschutz in Polen

Polen hat zweifellos ein fortschrittliches Jugendschutzgesetz, insbesondere was Kinder- und Jugendarbeit anbetrifft. Das Gesetz geht von der Voraussetzung aus, daß die Kinder und zum Teil auch die Jugend dem Schulunterricht gehöre und kein Ausbeutungsobjekt sei. Von dieser Voraussetzung gehen wohl alle Schutzgesetze für die Jugendlichen aus, ihre schwache Seite besteht aber darin, daß sie der armen Arbeiterjugend die Existenz während der Schulzeit nicht sichern und daher der Arbeiterjugend den Besuch der Schule unmöglich machen. Jugendzeit ist Schulzeit, nur muß die Jugend in dieser Zeit auch die Möglichkeit haben, die Schule zu besuchen. Heute besteht für die ärmere Jugend diese Möglichkeit nicht und es wird noch lange Zeit dauern, bis die Allgemeinheit zu der Einsicht kommt, daß es ihre Pflicht ist, die gesamte Jugend, ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage, dem Schulunterricht zuzuführen. Diese Einsicht wird erst dann zum Durchbruch gelangen, wenn in den gesetzgebenden Körperschaften die Sozialisten die Mehrheit erlangen werden.

Heute liegen die Dinge ganz anders. Der kapitalistische Betrieb will lauter junge Arbeiterkräfte haben und ist der Vater bereits in den Jahren, so muß der Sohn einspringen, um die Familie zu ernähren. Jugendschutz hin und Jugendschutz her wenn zu Hause nichts zu beißen ist. Der Staat kann hier nur durch die gesetzlichen Vorschriften mildernd eingreifen und die Jugend vor rücksichtsloser Ausbeutung schützen. Diese Funktion besorgt auch der polnische Staat durch das Schutzgesetz für die jugendlichen Arbeiter. Nach diesem Gesetz ist die Arbeitsinspektion verpflichtet, die Ausführung der Arbeit durch die Jugendlichen zu überwachen. Sie haben die Bedingungen, in welchen die Arbeit ausgeführt wird, zu prüfen und darüber ihren vorgesetzten Behörden zu berichten. Jugendliche Arbeiter dürfen bei gesundheitsschädlichen Arbeiten nicht beschäftigt werden. Das gleiche Schutzgesetz zählt alle diese Arbeiten auf. Auch dürfen die jugendlichen Arbeiter bei schweren Arbeiten nicht beschäftigt werden. Dem Arbeitgeber ist es verboten, einen jugendlichen Arbeiter zur Leistung einer schweren Arbeit anhalten zu wollen.

Das polnische Jugendschutzgesetz sieht völligen Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche. Eine Uebertretung dieser Bestimmungen zieht eine schwere Bestrafung nach sich. Jeder jugendliche Arbeiter hat nach dem polnischen Gesetze Anspruch auf einen 14tägigen Urlaub. Auch dürfen jugendliche Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden nicht angehalten werden. Dafür sieht aber das Gesetz, die obligatorische Schulpflicht in der Fortbildungsschule für die gesamte arbeitende Jugend vor. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den jugendlichen Arbeiter für 6 Stunden in der Woche von der Arbeit zu befreien, damit er die Fortbildungsschule besuchen kann. Eine äußerst wichtige Bestimmung enthält das Gesetz über die Kinderarbeit. Sie ist kurz und bündig und besagt, daß die Beschäftigung von Kindern bis zum 15. Lebensjahr verboten ist. Das ist eine Zwangsbestimmung, die sich nicht umgehen läßt.

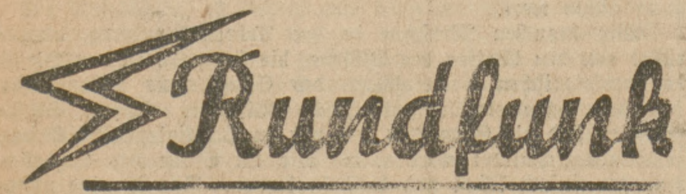
Nicht minder wichtig, wie diese gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz der jugendlichen Arbeiter, sind die Aufgaben der Arbeitsinspektion, die im Zusammenhange mit dem Schutzgesetze stehen. Alle Betriebe, wo Jugendliche beschäftigt werden, müssen von Arbeitsinspektoren strengstens überwacht werden und ist Material zu sammeln. Die Arbeitsinspektion wurde angewiesen zu prüfen, welche Industriezweige schädlich auf die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter einwirken, in welchen Betrieben unhygienische und für das Leben und Sicherheit gefährliche Einrichtungen bestehen und in welchen Betrieben öfters Unglücksfälle vorkommen. Die Arbeitsinspektion soll grundsätzlich darauf achten, daß die Produktion nicht durch Jugendliche ausgeführt wird. Unter dem Vorwande, Lehrlinge auszubilden, halten manche Handwerker meistens nur Lehrlinge und keine Gesellen. Das ist nicht gestattet und der Arbeitsinspektor darf einen solchen Zustand nicht dulden. Er hat genau festzustellen, wie hoch der Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter im Vergleich zu den älteren Arbeitern ist. Wo viele jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, hat der Arbeitsinspektor gerade diese Betriebe besonders im Auge zu behalten. Es ist darauf zu achten, ob der Betrieb motorisiert ist oder nicht, ob Maschinen in Anwendung stehen usw. Auch obliegt es der Arbeitsinspektion, sich über das Leben der jugendlichen Arbeiter zu erkundigen, über Urlaubsverhältnisse usw. Der Gesetzgeber hat zweifellos die jugendlichen Arbeiter, insbesondere ihre Gesundheit bei der Arbeit schützen wollen. Ob das aber in der Praxis eingehalten wird, das ist eine andere Frage.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.

Hinter der Schreibmaschine

Von Eva Gottgetreu.

Halb fünf ist es schon, und ich habe noch neun Seiten im Stenogramm,
Dabei steht Bob punkt 5,10 an der Haltestelle der Tram,
Und wenn ich nicht komme, kennt so was doch kein Erbarmen,
Da liegt er um 5,30 bereits in Gretes Armen,
Die ja bloß drauf brennt, ihn mir wegzuschnappen,
Aber warte, mein Herzchen, so einfach wirds diesmal doch nicht klappen.
Und ich wollte ja heute auch das grüne Kleid noch zertrennen.
Wenn wir bloß mal für uns was erledigen können!
An den vierzig Mark, die ich zu Hause abgeben muß, fehlen noch achte,
Weil die Rechnung der Reinigung viel mehr machte
Als man mir erst gesagt...
Ob die wissen, daß man sich für 'n gefärbten Mantel acht Tage plagt?
Gewiß ist der Wertbrief für Hartog noch nicht ins Buch eingetragen,
Dem dämlichen Lehrling muß man ja täglich dasselbe sagen.
Jetzt ist auf dem Durchschlag ein Fettfleck, woher denn bloß?
Heute ist aber auch mal wieder der Teufel los!
„Jawohl, Herr Stein, ich schreibe den Conto-Auszug für Gerechter u. Breit
Und tippe heute schon sechs Briefe, ich habe ja Zeit,
Gehn Sie nur pünktlich. Wenn Ihre Frau nach Ihnen am Telephon fragt,
Wird wie üblich: „Sitzung! Darf nicht gestört werden!" gesagt.
Bitte, auf fünfzehnviernull werden Sie verlangt, Herr Haupt!
(Privatgespräche vom Abteilungsleiter an aufwärts sind ja erlaubt.
Könnte man für die D-Post nicht einen neuen Ordner kaufen?).
„Hallo? Der Lehrling ist gerade zur Post gelaufen."
Die zwei Mark habe ich abgerechnet und verbucht,
Hier liegen die Muster, die ich gestern gesucht
Für die Kollektion... „bitte, Apparat 3, Herrn Horn,
Der Vertreter aus Manchester wartet vorn!
(Ich soll ein Taxi für ihn besorgen?) Natürlich, gern..."
„Tut mir leid, keiner im Hause mehr von den Herrn,
Ja, ich bin ganz allein im Büro und schreib,
Ich kenn keinen schöneren Zeitvertreib!"



Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12.10: Mittagskonzert. 15.50: Aus Warschau. 16.10: Schallplatten. 16.45: Kinderstunde. 17.15: Vortrag. 17.45: Jugendstunde. 18.15: Konzert für die Kinder. 18.45: Vorträge. 20.30: Unterhaltungskonzert. 23.00: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12.10: Mittagskonzert. 14.30: Vorträge. 16.45: Unterhaltungskonzert. 17.15: Vortrag. 17.45: Kinderstunde. 18.45: Vorträge. 20.30: Abendkonzert. 23.00: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Sonnabend. 15.35: Kinderzeitung. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Unterhaltungskonzert. 17.15: Die Filme der Woche. 17.45: Zehn Minuten Esperanto. 17.55: Das wird Sie interessieren! 18.20: Wettervorhersage; anschließend: Abendusik. 19.25: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. 20.00: Aus Berlin: Bunter Abend. Während einer Pause (etwa von 21.00—21.10): Abendberichte. 22.00: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30: Aus dem großen Konzerthaussaal Breslau: Vom Fest des Verbandes der Schlesischen Presse: Tanzmusik. 1.00: Funkstille.

Versammlungskalender

Arbeiter-Sängerbund in Polen.

Sonntag, den 1. Februar, vorm. 10 Uhr, Bundes-Generalversammlung im Zentral-Hotel Kattowitz. Tagesordnung, sowie die Anzahl der Delegierten nach den Bundesstatuten und den, den Vereinen zugegangenen Richtlinien.

Der Bundesvorstand.

Kattowitz (Monatsplan der S. J. P.).

Freitag, den 30. Januar: Theaterprobe.

Generalversammlungen des Maschinisten- und Heizerverbandes.

Königshütte. Am Sonntag, den 1. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Volkshaus.

Kattowitz. Am Sonntag, den 8. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Zentral-Hotel.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 30. Januar: Gesang und Volkstanz.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Myslowitz

Freitag, den 30. Januar: Lesestunde.
Es wird pünktlich um 5 Uhr angefangen.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen.

Sonntag, den 1. Februar:

Bittkow-Michalkowitz, nachm. 2½ Uhr, bei Kozdon, Referent zur Stelle.
Siemianowitz, nachm. 4 Uhr, bei Kozdon, Ref. zur Stelle.
Murcki, nachm. 3 Uhr, bei Kukowka, Ref. zur Stelle.
Königshütte, vorm. 9½ Uhr, im Volkshaus, Ref. zur Stelle.
Schlesiengrube, nachm. 2 Uhr, bei Scheliga, Ref. zur Stelle.

Montag, den 2 Februar:

Schwientochlowitz, vorm. 9½ Uhr, bei Frommer, Ref. zur Stelle.
Nickischschacht-Janow, vorm. 10 Uhr, bei Kotyrba in Janow, Ref. zur Stelle.
Bielschowitz, nachm. 3 Uhr, bei Dlugosch, Ref. zur Stelle.
Zawodzie, vorm. 9¼ Uhr, bei Porsch, Ref. zur Stelle.

Groß-Kattowitz. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Freitag, den **30. Januar 1931,** abends 7½ Uhr, findet die fällige Generalversammlung im **Saale des Zentralhotels** statt. Um vollzähligen Besuch wird gebeten. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Kattowitz. (Achtung, Jungsozialisten!) Wegen der Generalversammlung der D. S. A. P., findet der Vortrag am Freitag nicht statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteimitgliedes, bei der Parteiversammlung zu erscheinen. Nächste Zusammenkunft wird bekannt gegeben.

Kattowitz. (Freier Schachbund.) Am Sonnabend, den 31. Januar, abends ½8 Uhr, findet im Zentralhotel eine wichtige Bundesvorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder ist Pflicht.

Kattowitz. (D. M. V.) Am 2. Februar 1931, vormittags 9½ Uhr, findet im Zentral-Hotel (Saal), Katowice, die Jahresgeneralversammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Zutritt.

Zawodzie. (D. S. A. P.) Die Mitgliederversammlung des Ortsbereichs Zawodzie, findet am 2. Februar, vormittags 9 Uhr bei Porsch statt. Refrent: Genosse Kowoll. Anschließend Bergarbeiterversammlung. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Eichenau. (Maschinisten- und Heizerverband.) Am Montag, den 2. Februar, vorm. 10 Uhr, Generalversammlung bei Fritschowski Burowietz.

Bismarckhütte. (D. M. V.) Am Sonntag, den 1. Februar, vorm. 9½ Uhr, findet im bekannten Lokal die diesjährige Generalversammlung statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, ohne Buch kein Eintritt. Referent Kollege Buchwald.

Königshütte. (Ortsausschußsitzung.) Am Montag, den 2. Februar (Mariä Lichtmeß), findet um 3 Uhr nachmittags, im Büfettzimmer eine Sitzung des Ortsausschusses statt. Die Delegierten der einzelnen Organisationen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Im Verhinderungsfalle ist der Ersatzmann zu benachrichtigen.

Königshütte. (Arbeitslosenversammlung.) Am Mittwoch, den 4. Februar, vormittags 9½ Uhr, findet im Bufettzimmer des Volkshauses eine Arbeiterversammlung der Freien Gewerkschaften statt. Referent zur Stelle.

Neudorf. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr bei Goretzki, findet die Generalversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht. Referent: Genosse Sejmabgeordneter Kowoll

Schlesiengrube. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Montag, den 2. Februar, nachmittags um 2 Uhr, bei Scheliga Generalversammlung. Die Genossen und Genossinnen von Lipine werden ersucht teilzunehmen. Referent: Genosse Raiwa.

Emanuelssegen. (Wintervergnügen.) Der Arbeitergesangverein „Uthmann" veranstaltet am Sonntag, d. 1. Febr. 1931, abends 6 Uhr, ein Wintervergnügen, verbunden mit einem Chorkonzert, unter Mitwirkung der Sängerschaft aus Kattowitz, Laurahütte, Bismarckhütte und Kostuchna. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen des Bundesdirigenten, Gymnasiallehrer Lothar Schwierholz-Kattowitz. Seit 12 Jahren ist es die erste deutsche Veranstaltung und wir laden zu diesem Feste hiermit unsere deutschen Freunde und Gönner ein.

Kostuchna. (Arbeiterwohlfahrt und D. S. A. P.) Montag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung bei Weiß. Referent: Genosse Gorny. Um zahlreiche Beteiligung auch der Gewerkschaftler wird gebeten.

Zawada. Die Mitgliederversammlung der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 1. Februar, nachmitags 4 Uhr, im bekannten Lokale statt. Die Genossen von Belk, Zawiscz und Umgegend sind freundlichst eingeladen. Referent: Genosse Raiwa.

Bielitz: „Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm der Arbeiterjugend Bielitz.

Freitag, den 30. Januar, um ½8 Uhr abends Musikprobe.
Samstag, den 31. Januar, um 6 Uhr abends Vortragsabend.
Sonntag, den 1. Februar, um 4 Uhr nachm., Gesangs- und Spielabend.

Bielitz. (Achtung, Schachfreunde!) Hiermit werden alle Schachinteressenten, die sich schon in der Redaktion gemeldet haben, ersucht, am Freitag, den 30. Jänner, nachmittags um 6 Uhr, im Redaktionszimmer zu erscheinen, woselbst die Gründung des Vereins vorgenommen wird. Sympathiker, welche dem zu gründenden Verein beitreten wollen, sind hierzu eingeladen.

Bielitz. (Samariterverein.) Am Sonnabend, den 31. Januar veranstaltet obiger Verein im Schießhaussaale ein Maskenball-Vergnügen, wozu auch die Sympathiker eingeladen sind. Kartenvorverkauf ab Montag in der Rettungsstation.

Bielitz. (Arb.-Turn- und Sportverein „Vorwärts".) Obengenannter Verein hält am Sonntag, den 1. Februar l. Js., um 9 Uhr vormittags im großen Saale des Arbeiterheims in Bielsko seine 11. ordentliche Generalversammlung ab und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Protokollverlesung der letzten ordentlichen Generalversammlung. 2. Berichte des Vorstandes. 3. Neuwahl. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Allfälliges. — Sämtliche Mitglieder haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Nikelsdorf. (A. G. V. „Eintracht".) Montag, den 2. Feber, findet um ½10 Uhr vomittags im Saale Genser, die fällige Generalversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen aller ausübenden, sowie unterstützenden Mitglieder ist Pflicht.